

Oscar W. Gabriel

Systemakzeptanz und Wirtschaftslage in der Bundesrepublik Deutschland

1. Das Untersuchungsproblem

Die Annahme, daß die vorherrschenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die politischen Einstellungen und das politische Verhalten der Bevölkerung maßgeblich beeinflussen, gehört spätestens seit der Publikation der Arbeiten von Downs (1957) und Lipset (1959/1981) zu den weithin anerkannten Theoremen der modernen Politikwissenschaft. Seither entwickelte sich die empirische Analyse politisch-ökonomischer Interdependenzen zu einem der wichtigsten politikwissenschaftlichen Arbeitsgebiete. Auch in theoretischer Hinsicht ist ein steigendes Interesse an den Zusammenhängen zwischen politischen und wirtschaftlichen Prozessen zu erkennen. Die ökonomische Theorie der Politik, die sich dieses Themenfeldes annimmt, stellt das gegenwärtig wohl am weitesten entwickelte theoretische Konzept in den Sozialwissenschaften dar.

Von Anfang an interessierten sich Vertreter der ökonomischen Theorie der Politik für die Analyse der Funktionsmechanismen demokratisch verfaßter politischer Systeme. Bekanntlich arbeitete Downs (1957:21ff) Ähnlichkeiten zwischen dem demokratischen System und dem Marktmechanismus heraus. Im politischen Nutzenkalkül des Wählers spielen, wie auch Frey (1977:11) betont, die durch die Regierung produzierten ökonomischen Leistungen eine besondere Rolle: "Regierungen droht der Sturz, wenn es ihnen nicht gelingt, die Einwohner durch eine günstige Wirtschaftslage zufriedenzustellen". Die von Vertretern der ökonomischen Politiktheorie formulierten Hypothesen über den Einfluß wirtschaftlicher Variablen auf die Einstellungen der Wähler zu den politischen Parteien und zur Regierung wurden mittlerweile in etlichen empirischen Studien kritisch geprüft, ohne daß dabei aber einheitliche Ergebnisse erzielt worden wären (vgl. hierzu den Literaturüberblick von Jung 1985).

In einer wohlfahrtsstaatlichen Demokratie mit umfassenden staatlichen Eingriffen in den Wirtschaftsprozess ist es weder erstaunlich noch normativ bedenklich, wenn die Perzeption der Wirtschaftslage das Wählerverhalten oder die Popularität der Regierung beeinflusst. Die Neigung zahlreicher Wähler, die Stimmabgabe für eine politische Partei von der ihr

zugeschriebenen Kompetenz zur Lösung ökonomischer Probleme abhängig zu machen, ist durchaus als ein Indikator einer zunehmenden politischen Urteilsfähigkeit anzusehen. Jedenfalls spielt die Fähigkeit der Wählerschaft, die Leistungen und Versprechungen der politischen Parteien kritisch zu prüfen, sie vergleichend zu bewerten und als Entscheidungsgrundlage bei der Stimmabgabe zu verwenden, in der Diskussion über die Rationalität des politischen Verhaltens eine wesentliche Rolle. In die "Berechnung" des von der Regierung und der Opposition produzierten Nutzeneinkommens gehen nicht zuletzt ökonomische Größen ein (vgl. Downs 1957:36ff; Falter 1985:140ff; Frohlich/Oppenheimer 1978:97ff; Kaltefleiter/Nissen 1980:119ff, 131ff).

Problematisch wird die Sachlage dagegen, wenn auch die Beziehung der Bevölkerung zum *politischen Regime* primär von ökonomischen Nutzenkalkülen geprägt ist. Die Funktionsfähigkeit einer Demokratie hängt unter anderem von der Bereitschaft der Systemmitglieder ab, zwischen dem politischen Regime und der amtierenden politischen Führung als Loyalitätsadressaten zu unterscheiden und dem politischen System auch in ökonomischen Krisensituationen Unterstützung zu gewähren (vgl. u.a.: Almond/Verba 1965:196f; vgl. zur Unterscheidung zwischen dem politischen System und der Regierung als Loyalitätsobjekten: Easton 1965:153ff; 1975). Eine enge Verbindung zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und den Einstellungen zur Politik der amtierenden Regierung ist in der Demokratie ein normaler Sachverhalt, eine starke Abhängigkeit der Systemakzeptanz von der Wirtschaftslage stellt dagegen für jedes politische System ein Stabilitätsrisiko dar (vgl. hierzu: Lipset 1981:69ff).

Deutschland gilt weithin als Musterbeispiel für ein Land, in dem die Regimeunterstützung besonders stark von den wirtschafts- und sozialpolitischen Leistungen des Staates abhängt. Wie Lipset (1981: 69ff) bringt auch Hermens (1964) das Scheitern der Weimarer Republik mit der Weltwirtschaftskrise in Verbindung. Auf der anderen Seite lassen sich aber auch die systemlegitimierenden Wirkungen einer funktionsfähigen Wirtschaft am Beispiel Deutschlands studieren: In- und ausländische Beobachter führen die Festigung der bundesdeutschen Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zuletzt auf das Wirtschaftswunder der fünfziger und frühen sechziger Jahre zurück (vgl. z.B. Conradt 1980: 262f; Baker et al. 1981:10ff, 73ff). Vierzig Jahre nach der Etablierung eines demokratisch verfaßten politischen Systems bestehen in der wissenschaftlichen Gemeinschaft Zweifel, ob die Akzeptanz der bundesdeutschen Demokratie mittlerweile von den sozio-ökonomischen Leistungen des

Staates unabhängig geworden ist (vgl. Sontheimer 1985: 102, 118).

2. Daten und Hypothesen

Im Gegensatz zu anderen aus der ökonomischen Theorie der Demokratie ableitbaren Hypothesen wurde die vermutete Abhängigkeit der Systemakzeptanz von der (perzipierten) Leistungsfähigkeit des Wirtschaftssystems bislang weder für die Bundesrepublik noch für andere westliche Demokratien systematischen empirischen Tests unterworfen, obgleich das hierzu erforderliche Datenmaterial mittlerweile vorliegt.

Der folgende Beitrag setzt sich mit den in der Literatur verbreiteten Annahmen über die Outputabhängigkeit der Systemakzeptanz in der Bundesrepublik auseinander: Er überprüft auf der Basis von Individualdaten die empirische Gültigkeit der Behauptung, die Zufriedenheit der Bundesbürger mit der Demokratie sei maßgeblich durch die Wirtschaftslage geprägt. Der Untersuchungszeitraum umfaßt die Jahre 1972 bis 1982. Dieser Zeitabschnitt eignet sich für eine derartige Untersuchung besonders gut, weil sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen während dieser Periode stark veränderten und weil die Bevölkerung diese Veränderungen entsprechend perzipierte. Die empirische Analyse basiert in erster Linie auf Daten der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim. Die folgenden Datensätze liegen der Analyse zugrunde:

- (1) Die Septemberumfrage der Wahlstudie 1972 (N=2052),
- (2) die Maiumfrage der Wahlstudie 1976 (N=2076),
- (3) die Septemberumfrage der Wahlstudie 1980 (N=1518) und
- (4) die Novemberumfrage der Panel-Erhebung im Rahmen der Wahlstudie 1983 (N=1622).

Diese Umfragen enthalten vergleichbare Daten zur Perzeption der eigenen und der gesamtwirtschaftlichen Lage. Dabei wurde jeweils zwischen der Einschätzung der aktuellen und der zukünftigen Wirtschaftslage unterschieden (genaue Angaben in den Tabellen 2a und 2b). Fragen zur Systemzufriedenheit sind, wenn auch nicht in völlig identischer Form, ebenfalls in allen vier Umfragen enthalten (genauer in Tabelle 3). Zu Vergleichszwecken wurden weitere System- und Outputorientierungen

herangezogen, die sich vor allem in der Wahlstudie 1983 finden. Die im international vergleichenden Teil präsentierten Daten sind dem Eurobarometer 18 (Frühjahr 1982) entnommen.

Der empirischen Analyse liegen sechs Hypothesen zugrunde, die nachfolgend vorgestellt und in den entsprechenden Kapiteln dieses Beitrages eingehender begründet werden. Obgleich sich diese Hypothesen teils aus der ökonomischen Theorie politischen Verhaltens, teils aus dem von Easton entwickelten Konzept der politischen Unterstützung ableiten lassen, handelt es sich überwiegend um theoretisch nur locker miteinander verbundene Plausibilitätsannahmen:

(1) Je positiver die Wirtschaftslage bewertet wird, desto größer ist die Zufriedenheit mit dem politischen System.

(2) Die Perzeption der Wirtschaftslage beeinflusst die Systemzufriedenheit weniger stark als die Zufriedenheit mit der amtierenden Regierung.

(3) Die Stärke der Beziehung zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit variiert mit der Bedeutsamkeit ökonomischer Issues. Wenn ökonomische Probleme als sehr wichtig eingeschätzt werden, dann ist die Beziehung zwischen der Systemakzeptanz und der perzipierten Wirtschaftslage eng. Wenn ökonomische Probleme als unwichtig eingestuft werden, dann tritt nur ein schwacher Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und politischen Einstellungen auf.

(4) Die Stärke der Beziehung zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der Systemakzeptanz variiert mit der Position einer Person im Beschäftigungssystem. Je stärker die berufliche Stellung durch wirtschaftliche Krisen gefährdet ist, desto stärker hängt die Systemakzeptanz von der perzipierten Wirtschaftslage ab.

(5) Anhänger der Oppositionsparteien und parteipolitisch ungebundene Befragte neigen eher dazu, eine enge Verbindung zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der Systemakzeptanz herzustellen als Anhänger der Regierungsparteien. Bei den Anhängern linker Parteien ist die Verbindung zwischen der Systemzufriedenheit und der wahrgenommenen Wirtschaftslage enger als bei den Anhängern rechter Parteien.

(6) Zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit besteht in Deutschland ein engerer Zusammenhang als in anderen westeuropäischen Staaten.

Die Untersuchung dieser Fragen enthält die folgenden Teilschritte:

(1) Nach einer einleitenden historisch angelegten Skizze der Entwicklung der Wechselbeziehungen zwischen dem wirtschaftlichen und dem politischen System in Deutschland werden zunächst die zum Erhebungszeitpunkt vorherrschenden ökonomischen Rahmenbedingungen und deren Perzeption durch die Bundesbürger beschrieben.

(2) Im zweiten Schritt erfolgen bivariate und multivariate Analysen der Beziehungen zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der Systemakzeptanz.

(3) Abschließend wird versucht, die für die Bundesrepublik ermittelten Zusammenhänge in einem international vergleichenden Kontext zu diskutieren.

3. Die Entwicklung der Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Politik bis zur Gründung der Bundesrepublik

Die Annahme eines Einflusses der Wirtschaftslage auf die Systemakzeptanz versteht sich nicht von selbst. Sie ist nur unter den folgenden Bedingungen plausibel:

(1) Der Staat verfügt tatsächlich über die Möglichkeit, in wirtschaftliche Abläufe zu intervenieren.

(2) Die Bevölkerung kennt und akzeptiert zumindest im Grundsatz die wirtschaftlichen Interventionsmöglichkeiten des Staates.

(3) Sie macht das politische System für die perzipierte Wirtschaftslage mitverantwortlich.

Für die Auffassung, gerade in Deutschland bestehe eine solch enge Verflechtung von Wirtschaft und Politik (vgl. z.B. Baker et al. 1981:74; Rattinger/Puschner 1981:264; Berger et al. 1986:287), spricht dem ersten Anschein nach die tatsächliche politische Entwicklung unseres Landes in der Neuzeit.

In seinem Überblick über die Entwicklung der öffentlichen Aufgaben in Deutschland beschreibt Ellwein (1966:21ff) die bis ins Mittelalter

zurückreichende Tradition staatlicher Interventionen in gesellschaftliche und wirtschaftliche Abläufe: "Das politische Regiment in der Neuzeit Deutschlands ist patriarchalischer und fürsorglicher als etwa in Frankreich, und es überläßt der bürgerlichen Initiative weniger als etwa in England, und es übernimmt aufs ganze gesehen weitaus mehr Aufgaben als das andernorts der Fall ist. So wird der Sozialstaat schon im ausgehenden Mittelalter vorbereitet. ... Insgesamt ist am Anfang des 18. Jahrhunderts - das Preußische Landrecht belegt das bis in viele Einzelheiten - der inzwischen gern zum Typus erhobene, tatsächlich aber doch in vieler Hinsicht auf weite Teile des deutschsprachigen Gebietes beschränkte Wohlfahrtsstaat ausgebildet, der sich vom modernen Sozialstaat oft nur durch das geringere Maß an technischen Möglichkeiten und durch die obrigkeitliche Haltung unterscheidet" (Ellwein 1966:22). Auch im engeren wirtschaftspolitischen Aktionsbereich sieht Ellwein (1966:28) starke staatsinterventionistische Traditionen.

Während das 19. Jahrhundert in anderen westlichen Ländern als Blütezeit des ökonomischen und politischen Liberalismus gilt, kam es in Deutschland während dieser Zeit nicht zu einem Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsleben. Dahrendorf (1971:39ff) bestreitet für Deutschland die Existenz eines liberalen, auf ordnungspolitische Funktionen beschränkten Nachtwächterstaates und beschreibt die zwar verspätete, aber rasche und gründliche Industrialisierung des Deutschen Reiches als Produkt einer "fruchtbaren *mesalliance* (...) mit dem dynastischen Staat" (Dahrendorf 1971:42, Hervorh. im Original). Eine forcierte staatliche Industrialisierungspolitik und ein umfassendes System sozialstaatlicher Sicherungen gehören nach seiner Darstellung zu den typischen Merkmalen der ökonomischen und politischen Struktur des deutschen Kaiserreichs. Während dieser Zeit entstand möglicherweise die angeblich bis heute fortdauernde Abhängigkeit der Systemorientierungen von der Wirtschaftslage.

Auf der Grundlage der verfügbaren Daten läßt sich nicht entscheiden, ob die staatlichen Instanzen im Deutschen Kaiserreich ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Steuerungsmittel bewußt zum Zweck der Stabilisierung des politischen Systems einsetzten. Noch schwieriger ist es, den Erfolg einer derartigen Strategie zu beurteilen. Als harte Indikatoren des Ausmaßes staatlicher Aktivitäten im Wirtschaftsprozeß kann man die einschlägigen staatswirtschaftlichen Quoten ansehen (vgl. Czada 1983). Für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes stehen gleichfalls einige statistische Kennziffern zur Verfügung, wie etwa das Wachstum des Bruttosozialproduktes oder der Arbeitsproduktivität (vgl. Schmidt 1983c).

Auf der Basis dieser Indikatoren läßt sich zwischen der Reichsgründung und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges keine außergewöhnliche ökonomische Steuerungskapazität des deutschen Staates nachweisen. Bei einer insgesamt ansteigenden Tendenz variierte die staatliche Ausgabenquote in Deutschland zwischen 10 und 15 Prozent. Sie bewegt sich damit in dem Bereich, den wir auch in Großbritannien, in der Schweiz oder in Frankreich feststellen können (vgl. Kohl 1983:396, Tab.48).

Zwar hatte die deutsche Wirtschaft in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg sehr hohe Wachstumsraten zu verzeichnen (vgl. Schmidt 1983c:523, Tabelle 66), jedoch mußte man die Verteilungswirkungen der steigenden gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit genau untersuchen, um Hinweise auf Veränderungen in der Lebenslage der Bevölkerung zu erhalten. Die makroökonomischen Daten geben darüber hinaus keinen Aufschluß darüber, wie die Bevölkerung die wirtschaftliche Entwicklung bewertete, ob sie eine Beziehung zwischen den staatlichen Aktivitäten und der Wirtschaftslage herstellte und ob die sich verbessernde Wirtschaftslage einen Beitrag zur Systemlegitimierung leistete. Einer Analyse der Reichstagswahlergebnisse lassen sich allenfalls grobe Hinweise auf das Ausmaß der Systemakzeptanz entnehmen. Aus dieser Perspektive erwies sich der Versuch, mit Hilfe einer Mischung aus Fürsorge und Repression den Aufstieg der Sozialdemokraten als einer erklärten Anti-Systempartei zu bremsen, als Fehlschlag. Trotz wachsender wirtschaftlicher Prosperität und expandierenden sozialstaatlichen Leistungen wurden die systemtragenden politischen Gruppierungen zunehmend geschwächt und die systemkritischen Parteien, insbesondere die SPD, gestärkt. Zwischen 1871 und 1912 ging der Stimmenanteil der monarchistischen Parteien (Konservative, Nationalliberale und Zentrum) von 70 auf 42 Prozent zurück, während der der parlamentarisch orientierten Sozialdemokraten und Linksliberalen von 19 auf 47 Prozent stieg (vgl. hierzu: Kaack 1971: 36ff, bes. Schaubild 1 bis 6; Pross 1982:60f).

Die These von der Outputabhängigkeit der Systemakzeptanz der Deutschen stützt sich vornehmlich auf Analysen der politischen Entwicklung seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Aus heutiger Sicht läßt sich die Plausibilität dieser Annahmen kaum bestreiten. Für die zunehmende Bedeutung der wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates sprechen nicht allein die für das Wirtschaftsleben maßgeblichen Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung (Art. 151-165), die die normative Grundlage für staatliche Eingriffe in private Eigentumsrechte, für die Reglementierung der Bodenbewirtschaftung u.a.m. abgaben. Die veränderten parteipolitischen Konstellationen begünstigten ebenfalls eine

intensivere staatliche Wirtschaftssteuerung. Zwar konnten die Sozialdemokraten infolge der Mehrheitsverhältnisse ihre Sozialisierungsbestrebungen nicht durchsetzen. Sie dürften aber insbesondere in den Ländern und den Kommunen deutliche staats- und gemeinwirtschaftliche Akzente gesetzt haben (vgl. hierzu z.B. den Hinweis bei Gunlicks 1986:25).

Die verstärkten ökonomischen Aktivitäten des Staates lassen sich nicht allein auf die spezifischen politischen Rahmenbedingungen der Weimarer Zeit zurückführen. Nach der von Peacock und Wiseman (1969) entwickelten Theorie des displacement-Effektes kam es auch in anderen Staaten, z.B. in Großbritannien, zu einer kriegsbedingten Mobilisierung ökonomischer Ressourcen durch den Staat. Dadurch veränderten sich die politisch-ökonomischen Beziehungen auf längere Sicht. Der während des Ersten Weltkrieges eingetretene Anstieg der Staatsquote wurde nämlich Peacock und Wiseman zufolge nach dem Kriegsende nicht zurückgenommen, vielmehr stabilisierten sich die staatlichen Interventionen in den Wirtschaftsprozeß auf dem erreichten höheren Niveau. Mit dieser Umverteilung ökonomischer Ressourcen zwischen dem privaten und dem staatlichen Sektor gewinnt der Staat zusätzliche wirtschaftliche Steuerungsmöglichkeiten.

Ein derartiger displacement-Effekt läßt sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges für Deutschland empirisch nachweisen. In der Zeit der Weimarer Republik stieg die staatliche Ausgabenquote gegenüber der Vorkriegsperiode fast auf den doppelten Wert an. Im Jahre 1930 lag sie erheblich höher als etwa in Frankreich, Großbritannien oder den Vereinigten Staaten (vgl. hierzu z.B. die Angaben bei: Simmert/Wagner 1981:445; Kohl 1983:396, Tab. 48). Natürlich resultiert der starke Anstieg der Staatsquote zu Beginn der dreißiger Jahre unter anderem aus dem Rückgang des Volkseinkommens während der Weltwirtschaftskrise (vgl. auch Kohl 1983:387). Bei einer Analyse der staatlichen Ausgabenquote wird dies weniger klar als bei einem Rückgriff auf absolute Zahlen. Sie belegen, daß das staatliche Ausgabenniveau zwischen 1930 und 1933 von 20.7 auf 16.8 Mrd. RM zurückging (vgl. Simmert/Wagner 1981:443). Einen ähnlichen Schrumpfungprozeß gab es jedoch auch in anderen Staaten.

Das ökonomische Steuerungspotential des Staates konnte während der gesamten Dauer der Weimarer Republik nur begrenzt zur Systemstabilisierung genutzt werden. Das politische System war von Anfang an mit gravierenden innen- und außenpolitischen Problemen konfrontiert. Dies erschwerte die Akzeptanz des demokratischen Regimes durch die

Bevölkerung. Insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht sah sich das demokratische Regime einem starken Druck ausgesetzt (vgl. näheres bei Kaltefleiter 1968:36ff). Die Reparationszahlungen an die Siegermächte des Ersten Weltkrieges belasteten nicht nur die Wirtschaft. Sie waren für die nationalistischen Parteien ein ständiger Anlaß zur Agitation gegen die Republik. Der Zusammenbruch der Reichsmark im Jahre 1923 war ein Ereignis, das die wirtschaftspolitischen Erwartungen der Deutschen lange Zeit beeinflusste und das vermutlich bis in die Gegenwart fortwirkt (vgl. Hibbs 1979:460). Eine funktionsfähige, von der Bevölkerung gestützte Demokratie konnte sich unter den beschriebenen Bedingungen kaum entwickeln. Selbst die als "Phase der Stabilisierung" bezeichneten Jahre 1924 bis 1928 waren im Vergleich mit der Bundesrepublik durch eine starke Fragmentierung des Parteiensystems, Minderheitsregierungen, häufige Regierungswechsel und einen verhältnismäßig hohen Stimmenanteil antidemokratischer Parteien charakterisiert. Besondere Probleme ergaben sich aus dem Umstand, daß weite Teile des protestantischen Bürgertums, der administrativen und der wirtschaftlichen Führungsgruppen, der Justiz und des Militärs nach der Gründung der Republik den obrigkeitstaatlichen Werten des Kaiserreiches verbunden blieben. Seit dem April 1917 war zudem die politische Linke in eine demokratisch-reformistische und in eine totalitäre Strömung gespalten (vgl. hierzu: Pross 1982:21ff). Nur einmal, bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, gelang es den drei staatstragenden Parteien, SPD, Zentrum und DDP, gemeinsam die absolute Mehrheit der Parlamentssitze zu gewinnen (vgl. die Angaben bei Kaack 1971:85ff).

Einige bedeutende Arbeiten zur empirischen Demokratietheorie bringen das Scheitern der Weimarer Republik mit der Weltwirtschaftskrise in Zusammenhang. Nach Lipset (1981:67ff) war der Zusammenbruch der materiellen Leistungsfähigkeit des politischen Systems ("effectiveness") angesichts der unzulänglich entwickelten Legitimitätsüberzeugungen für den Übergang von der Demokratie zur Diktatur maßgeblich. Hermens (1964:22ff) beschreibt eine zumindest zeitliche Koinzidenz zwischen der Zunahme der Arbeitslosigkeit und den Wahlerfolgen der NSDAP. Obgleich der parallele Verlauf zweier Entwicklungstrends keine Rückschlüsse auf Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zuläßt und eine direkte Prüfung der für die Abwendung von den demokratischen Parteien maßgeblichen Motive nicht möglich ist, sind die gängigen Thesen über das Scheitern der ersten deutschen Demokratie empirisch plausibel. Ihr Fehlschlag war wohl unter anderem auf die ungünstige Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen, auch wenn daneben weitere Faktoren eine Rolle gespielt haben dürften (vgl. die Hinweise bei Lipset 1981:127ff; Baker et al. 1981:74; differenzierter: Falter

1984). Die anfängliche Akzeptanz des nationalsozialistischen Regimes durch die Bevölkerung hatte gleichfalls ökonomische Gründe. Sie sind vor allem in der Ankurbelung der Wirtschaft und im Abbau der Massenarbeitslosigkeit zu sehen (vgl. Baker et al. 1981:74). Da die empirische Gültigkeit dieser Annahme empirisch nicht nachprüfbar ist, kann auf eine weitere Auseinandersetzung mit ihr verzichtet werden. Allerdings würde sich ein derartiges Beziehungsmuster nahtlos in den bisherigen Argumentationsgang einpassen.

4. Wirtschaftliche Entwicklung und Systemzufriedenheit in der Bundesrepublik Deutschland

4.1. Wirtschaftslage und Systemakzeptanz in der Gründungsphase der Bundesrepublik

Wie das Scheitern der Weimarer Republik ein Musterbeispiel für die destabilisierenden Effekte wirtschaftlicher Krisen abgibt, so lassen sich die systemstabilisierenden Wirkungen wirtschaftlicher Prosperität an der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik geradezu exemplarisch studieren. Anders als bei der Analyse früherer Phasen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Deutschlands besteht für die Zeit nach 1945 die Möglichkeit, die These von der Outputabhängigkeit der Systemakzeptanz in der Bundesrepublik empirisch zu testen.

Die objektiven Voraussetzungen für eine enge Verbindung zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Entwicklung sind auch in der Bundesrepublik gegeben. Während aber die displacement-Theorie den im Gefolge des Ersten Weltkrieges eingetretenen Wandel in den politisch-ökonomischen Beziehungen korrekt wiedergibt, sind für die Entwicklung der staatlichen Rolle in der bundesdeutschen Wirtschaft andere Faktoren wichtiger. Nach der Gründung der Bundesrepublik fielen die einschlägigen staatswirtschaftlichen Quoten deutlich unter das Niveau der Jahre 1933-1940 zurück. Bei einer rein quantitativen Betrachtung setzte sich die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates etwa in dem Rahmen fort, in dem sie sich in der Endphase der Weimarer Republik bewegt hatte. Die leichte Schrumpfung der staatlichen Ausgaben- und Steuerquote in der Gründungsphase der Bundesrepublik (vgl. Simmert/Wagner 1981:443,445; Kohl 1983:396, Tab. 48) war zum Teil auf die veränderte wirtschaftspolitische Doktrin zurückzuführen. In der Hauptsache resultierte sie aber wohl aus dem starken Wirtschaftswachstum in den fünfziger Jahren. 1950 beliefen sich die Ausgaben der Öffentlichen Haushalte der

Bundesrepublik auf 28.1 Mrd. DM. Damit waren sie um etwa 8 Mrd. Mark höher als im Jahre 1930. Allerdings lag das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik 1950 bei 98.1 Mrd. DM, während es 1930 mit einem Volumen von 82.4 Mrd. DM deutlich niedriger war (vgl. Simmert/Wagner 1981:443, 447; vgl. auch Baker et al. 1981:75ff).

Bereits in der Mitte der fünfziger Jahre setzte ein Wachstum des Staatssektors ein, wie wir es in der Nachkriegsperiode in allen westlichen Demokratien feststellen können. Die Staatsquote pendelte sich während dieser Zeit um die Dreißig-Prozent-Marke ein. Im internationalen Vergleich waren die Möglichkeiten des Staates, in wirtschaftliche Abläufe zu intervenieren, während dieser Zeit weder besonders stark noch besonders schwach ausgeprägt.

Die ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik in den fünfziger und frühen sechziger Jahren wird in der Literatur zu Recht als Wirtschaftswunder charakterisiert. Wie Baker et al. (1981:77ff) ausführlich beschrieben, wuchs das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik in den beiden ersten Nachkriegsdekaden jährlich um mehr als 6 bzw. 5 Prozent, das Pro-Kopf-Einkommen verdreifachte sich im angegebenen Zeitraum. Im Jahre 1972 wiesen unter den europäischen Staaten lediglich die Schweiz und Schweden ein höheres Bruttosozialprodukt je Einwohner auf. Gleichzeitig verbesserte sich die Versorgung mit Konsumgütern, die wöchentliche Arbeitszeit wurde von durchschnittlich 48.6 Stunden (1955) auf 42.8 Stunden (1972) verringert. Bei einer im internationalen Vergleich außerordentlich niedrigen Inflationsrate (Jahresdurchschnitt 1950-1959: 1.2%) ging die Arbeitslosenzahl zwischen 1950 und 1965 von 1.7 Millionen auf 147.000 zurück. Dies entspricht einer Reduzierung der Arbeitslosenquote von 10.4 auf 5.5 Prozent (vgl. hierzu die Angaben bei Simmert/Wagner 1981:447 und die internationalen Vergleichsdaten bei Schmidt 1983a:24, Tab. 1; 1983b:156, Tab. 22; 1983c:523, Tab. 66).

Die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen läßt sich nicht allein an harten Daten nachweisen. Auch die subjektive Einschätzung der Wirtschaftslage durch die Bundesbürger entwickelte sich zunehmend positiver. Im Jahre 1951 beurteilten in einer Allensbach-Umfrage 12 Prozent der Befragten ihre wirtschaftliche Situation besser als im Vorjahr, 56 Prozent sahen eine Verschlechterung. Bis zum Jahre 1960 stieg der Anteil positiver Bewertungen auf 29 Prozent, der der negativen Aussagen verringerte sich im genannten Zeitraum von 56 auf 12 Prozent (vgl. Kmiecik 1976:Tabelle VI.3).

In der Entstehungsphase der Bundesrepublik gab es zumindest eine zeitliche Koinzidenz des wirtschaftlichen Aufschwungs mit der politischen Stabilisierung. Baker et al. (1981:74) interpretieren diesen Zusammenhang als Ursache-Wirkungsrelation: "Increasing affluence in the postwar period has contributed to the growth of political involvement. In addition, prosperity has probably lessened economic dissatisfaction and produced support for those political forces that are credited with the improvements in economic conditions. Both, the electoral victories of the CDU/CSU and the initial stability and success of the Federal Republic itself have been attributed to the Economic Miracle".

Die von Baker et al. sowie von anderen Autoren behauptete Zunahme der Systemakzeptanz ist mittlerweile in mehreren empirischen Studien dokumentiert: Während die Bevölkerung in den frühen fünfziger Jahren das neugegründete politische System zwar nicht ausdrücklich ablehnte, ihm aber doch eher distanziert gegenüberstand, hatte sich am Ende der Ära Adenauer die Demokratie als bevorzugte Form des politischen Zusammenlebens durchgesetzt. Eine glaubwürdige Alternative war nach Conradt (1980:258f) nicht erkennbar (vgl. weitere Einzelheiten hierzu bei: Baker et al. 1981:22ff, bes. Abb. 1.1; Conradt 1974:226ff; 1980:225ff, 229ff, 233ff; Gabriel 1986:279ff; 1987a:35ff; Kaase 1985:110, Abb.1).

Offen muß dabei bleiben, in welchem Maße die Systemakzeptanz bereits in den sechziger Jahren von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unabhängig geworden war. Almond und Verba (1965:313) kamen in ihrer Civic Culture-Studie in dieser Hinsicht zu einem negativen Ergebnis: "Though there is relatively widespread satisfaction with political output, this is not matched by more general system affect. Germans tend to be satisfied with the performance of their government, but to lack a more general attachment to the system on the symbolic level. Theirs is a highly pragmatic - probably overpragmatic - orientation to the political system ...".

In der Mitte der sechziger Jahre schien die Periode des ungebrochenen wirtschaftlichen Aufschwunges der Bundesrepublik beendet zu sein. Erstmals seit dem Jahr 1932 ging zwischen 1965 und 1967 das Wachstum des Bruttosozialprodukts von 5.5 auf -0.1 Prozent zurück. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschärfte sich ebenfalls. Einer Zahl von 147.000 Arbeitslosen im Jahr 1965 standen 1967 459.000 Erwerbslose gegenüber. Dies entsprach einer Verdreifachung der Arbeitslosenquote von 0.7 auf 2.1 Prozent. Aus heutiger Sicht erscheinen diese Zahlen nicht besonders hoch. Bei ihrer Bewertung muß man allerdings die Tatsache berücksichtigen, daß

in den davorliegenden Jahren die Arbeitslosenzahl ständig gesunken war bzw. sich seit 1960 unterhalb der Grenze von 200.000 Personen eingependelt hatte. Im Rückblick stellt sich die Rezession der Jahre 1966/67 als Auftakt zu einer Serie zyklischer Krisen dar, die die ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren charakterisieren.

Mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage stellten sich Anzeichen einer politischen Destabilisierung ein. Sie schienen die These von der Outputabhängigkeit der Systemakzeptanz zu stützen. Während sich bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 10. Juli 1966 die Reaktion auf die ökonomische Krise noch in systeminternen Bahnen bewegte - die oppositionelle SPD verfehlte bei Stimmengewinnen von 6.2 Prozent die absolute Mehrheit nur um 0.5 Punkte - kam es in der Folgezeit zu spektakulären Wahlerfolgen der NPD. Sie wurden nach Kaack (1971:307ff) insbesondere im Ausland mit den Erfolgen der NSDAP in der Endphase der Weimarer Republik verglichen und gaben zu Zweifeln an der Stabilität der bundesdeutschen Demokratie Anlaß. Diese Befürchtungen erschienen insofern berechtigt, als der NPD der Einzug in sieben Landtage gelang. Die erste größere wirtschaftliche Krise der Nachkriegszeit schien die Skeptiker zu bestätigen, nach deren Auffassung "wirtschaftliche Instabilität nicht nur die jeweilige Regierung gefährdet -...-, sondern auch das gesamte politische System" (Braun 1976:126; vgl. auch Kaltefleiter 1968:174). Erst mit ihrem Scheitern bei der Bundestagswahl 1969 begann der Niedergang der NPD. Bis zum Jahre 1972 schied sie aus sämtlichen Landtagen aus (zur Beschreibung dieses Abschnitts in der Entwicklung des deutschen Parteiensystems vgl. Kaack 1971:297ff).

4.2. Die wirtschaftliche Entwicklung seit der Mitte der sechziger Jahre

Mit der Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 vollzog sich in der Bundesrepublik ein grundlegender Wandel der wirtschaftspolitischen Doktrin, der sowohl der veränderten Rolle des Staates im Wirtschaftsprozeß als auch den wirtschaftspolitischen Erwartungen der Bevölkerung Rechnung trug. Wie der Anstieg der Staatsquote indiziert, nahm die Verflechtung zwischen dem politischen und dem ökonomischen System in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre weiter zu. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Sozialprodukt stabilisierte sich nach 1971 oberhalb der 30-Prozentmarke (vgl. Statistisches Bundesamt 1985:216, Tab. 2). In Abhängigkeit vom Berechnungsmodus erreicht die staatliche

Ausgabenquote sogar bis zu 50 Prozent des binnenwirtschaftlichen Leistungspotentials (vgl. Kohl 1983:396, Tab. 48). Im internationalen Vergleich weist die Bundesrepublik derzeit eine mittlere staatliche Ausgaben- und Steuerquote auf. Beide Größen waren nach Kohl (1983:396, Tabelle 48) im Jahr 1980 mit 46.9 Prozent niedriger als in den skandinavischen Staaten (Schweden: 65.7%) oder in den Niederlanden (62.5%), aber deutlich höher als in den USA (33.2%) oder der Schweiz (29.7%; vgl. ausführlich hierzu: Cameron 1978; Kohl 1981, 1983).

Der Gesetzgeber trug der verstärkten politisch-ökonomischen Verflechtung vor allem im Stabilitätsgesetz Rechnung, in welchem der Staat ausdrücklich die Verantwortung für das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht übernahm. Zusätzlich zu den traditionellen geld- und fiskalpolitischen Aufgaben zog der Staat nunmehr verstärkte Kompetenzen auf dem Gebiet der Konjunktur- und Strukturpolitik an sich.

Die große Bedeutung des Staates im Wirtschaftsprozeß schlägt sich auch in den Einstellungen der Bundesbürger nieder. In allen westlichen Demokratien schreibt eine breite Mehrheit der Bürger dem Staat die Verantwortung für stabile Preise, sichere Arbeitsplätze, die Energieversorgung und eine Reihe sozialpolitischer Leistungen zu. Die Neigung, das politische System für das individuelle und kollektive Wohlergehen verantwortlich zu machen, ist in der Bundesrepublik allerdings noch etwas stärker als in anderen westlichen Demokratien (vgl. Tabelle 1). Sämtliche in der Political-Action-Studie untersuchten Issues, die Altersvorsorge, die Bildungspolitik, der Umweltschutz wurden in der Bundesrepublik als wichtige oder sehr wichtige staatliche Aufgaben angesehen. Gerade bei wirtschaftspolitischen Problemen bestand eine starke Neigung, den Staat in die Pflicht zu nehmen. Die beiden wirtschaftspolitischen Items "Preisniveaustabilität" und "Vollbeschäftigung" wurden in der Bundesrepublik von 95 bzw. 93 Prozent der Befragten als eine dringliche staatliche Aufgabe eingestuft. Dieser Anteil lag höher als in den übrigen untersuchten Ländern (vgl. die Angaben in Tabelle 1; weitere Hinweise auf die Zuweisung wirtschafts- und sozialpolitischer Verantwortung an den Staat bei Farah et al. 1979:411ff; Kaase (o.J.); Rattinger 1985; Roller/Westle (o.J.); Roth 1977:537; Tufte 1978:3ff).

Tabelle 1: Perzeption der Staatsverantwortung in verschiedenen Aufgabenbereichen in international vergleichender Perspektive, 1973/1976 (Angaben in Prozent: essential/important responsibility)

Frage: Now we would like to know how you feel about some of the particular issues and problems that people often talk about these days. We would like to know ... how far you feel the government has responsibility for them (an essential responsibility, an important responsibility, some responsibility, no responsibility at all).

	GB	D	NL	AU	USA	I	CH	FIN
Vollbeschäftigung	83	93	87	92	70	92	88	92
Gesundheitsvorsorge	93	94	91	92	76	93	85	93
Wohnungsbau	86	84	92	78	61	89	70	76
Umweltschutz	81	92	90	83	77	84	91	85
Abbau von Wohlstands- gefälle	48	69	78	65	30	67	74	55
Stabile Preise	ne	95	92	90	ne	93	ne	92
Energieversorgung	ne	95	91	91	ne	84	ne	93

Quelle: Political Action. ZA-Nr. 0765.

Bekanntlich war der Versuch, mit Hilfe eines verbesserten wirtschaftspolitischen Instrumentariums den Konjunkturverlauf zu glätten und auf diese Weise Wachstumskrisen zu verhindern, die Inflation zu dämpfen und die Vollbeschäftigung zu sichern, allenfalls kurzfristig erfolgreich. Spätestens die Erdölkrise im Jahre 1973/74 lieferte den Beweis für das Scheitern der optimistischen Prognosen über die Möglichkeit eines staatlichen Krisenmanagements. Diese erste gravierende Wirtschaftskrise, der sich die Bundesrepublik seit ihrer Gründung ausgesetzt sah, wies zwar bei weitem nicht das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise von 1929/1932 auf. Sie war aber erheblich schwerwiegender als die Rezession der Jahre 1966/67. Zwischen 1973 und 1975 ging das Wirtschaftswachstum von 4.9 auf -1.8 Prozent zurück. Abgesehen von dem kriegsbedingten Zusammenbruch der Produktionskapazität der deutschen Wirtschaft im Jahre 1945 und von der zeitlich befristeten Stagnation im Jahre 1966 war eine Schrumpfung des Bruttosozialproduktes in Deutschland seit 1932 nicht mehr aufgetreten. Die Arbeitslosenquote vervierfachte sich im angegebenen Zeitraum von 1.2 auf 4.7 Prozent. Erstmals seit 1955 überschritt im Jahre 1975 die Zahl der Erwerbslosen wieder die

Ein-Millionen-Grenze. Gleichzeitig traten, anders als in den vorherigen Abschwungphasen, relativ hohe Preissteigerungsraten von 6 bis 7 Prozent auf. Bei der Auseinandersetzung mit den möglichen politischen Konsequenzen dieser Stagflation muß man berücksichtigen, daß sich die Bundesbürger in den späten fünfziger und sechziger Jahren an hohe Wachstumsraten, Vollbeschäftigung und stabile Preise gewöhnt hatten. Insofern mußten sie den globalen wirtschaftlichen Einbruch als besonders gravierend empfinden. Da die von der sozialliberalen Koalition betriebene sozio-ökonomische Modernisierungspolitik die Erwartungen an die wirtschafts- und sozialpolitischen Leistungen des Staates noch zusätzlich gesteigert haben dürfte (vgl. hierzu den Überblick bei Schmidt 1978), fiel wohl auch in dieser Hinsicht für einen Großteil der Bevölkerung der Vergleich zwischen den gewünschten und den tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ernüchternd aus.

Das nach dem Kanzlerwechsel des Jahres 1974 von der Regierung Schmidt betriebene ökonomische Krisenmanagement brachte nur eine kurze wirtschaftliche Erholung. Seit 1979 ging das Wirtschaftswachstum erneut zurück, die Arbeitslosenzahl stieg geradezu dramatisch an, und die Inflationsrate bewegte sich wieder auf das Niveau der frühen siebziger Jahre zu. Ein vorläufiger Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung war im Jahre 1982 mit einer Inflationsrate von 6.9 Prozent, einer Arbeitslosenzahl von 1.83 Millionen (7.6 Prozent) und einem Wachstumsrückgang von 0.6 Prozent erreicht. In der Folgezeit verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage weiter, bezüglich der übrigen Indikatoren dagegen verbesserten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Bereits ein cursorischer Überblick verdeutlicht das Ausmaß der konjunkturellen Schwankungen, die während des hier untersuchten Zeitraumes in der Bundesrepublik auftraten. Da dieser Sachverhalt auf der Makroebene von Schimek (1986) detailliert untersucht wurde, sind in diesem Rahmen weitere Ausführungen überflüssig. Statt dessen geht es nachfolgend in erster Linie darum, die Einstellungen der Bundesbürger zur wirtschaftlichen Lage zu beschreiben.

4.3. Die Wahrnehmung und Bewertung der Wirtschaftslage in den Jahren 1972 bis 1986

Fragen zur Bewertung der individuellen Wirtschaftslage und der gesamtwirtschaftlichen Situation gehören seit einiger Zeit zu den festen Bestandteilen nationaler Wahlstudien und anderer Umfragen. Da die Formulierung der Erhebungsfragen in den einzelnen Studien identisch ist, läßt sich die Perzeption der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Bevölkerung über einen vergleichsweise langen Zeitraum hinweg verfolgen.

Wenn sich die tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten in den Einstellungen der Bundesbürger zur Wirtschaftslage widerspiegeln, dann müßte unser Untersuchungszeitraum durch ausgesprochen instabile wirtschaftliche Perzeptionen charakterisiert sein. Die wirtschaftspolitischen Ziele eines angemessenen Wirtschaftswachstums, stabiler Preise und eines hohen Beschäftigungsniveaus wurden in den hier untersuchten Jahren in sehr unterschiedlichem Maße erreicht, und die wirtschaftliche Entwicklung zwischen den einzelnen Erhebungen verlief außerordentlich uneinheitlich. Es gab Zeitabschnitte, in denen alle Konjunkturindikatoren überdurchschnittlich ungünstige Werte aufwiesen. Der Normalfall jedoch sah anders aus: Im Vergleich mit den über die gesamte Untersuchungsperiode ermittelten Durchschnittswerten war das Wirtschaftswachstum 1971/72 und 1979/80 relativ hoch, 1985/86 dagegen relativ niedrig. Außer in den Jahren 1975/76 und 1981/82 lag die Arbeitslosenquote auch 1985/86 über dem Durchschnittswert des gesamten Erhebungszeitraumes, 1971/72 und 1979/80 war demgegenüber die Arbeitsmarktlage eher günstig. Die Inflationsrate schließlich hatte 1985/86 einen atypisch niedrigen Wert, 1971/72 und 1979/80 war sie jedoch höher als gewöhnlich. Eine durchgängig ungünstige Konjunkturlage war demnach in den Jahren 1981/1982 und 1975/76 gegeben. Im Vergleich damit war die wirtschaftliche Situation 1971/72 und 1979/80 günstiger, jedoch zeigte sich zumindest an einem der Konjunkturindikatoren eine mehr oder minder deutliche Abweichung vom Ziel des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Noch komplizierter wird das Bild, wenn man die konjunkturelle Entwicklung zwischen den einzelnen Erhebungen berücksichtigt. Wegen des sehr uneinheitlichen Konjunkturverlaufes lassen sich keine verlässlichen Annahmen über die zu erwartenden individuellen Perzeptionen formulieren. Dies ist auch deshalb schwierig, weil theoretisch abgesicherte Erkenntnisse über die relative Bedeutung des Wirtschaftswachstums, der Inflation und der Arbeitslosigkeit für die Bildung wirtschaftlicher Einstellungen nicht vorliegen. Ungeklärt ist schließlich, ob die individuelle

Urteilsbildung in wirtschaftlichen Fragen eher von der Situation zum Erhebungszeitpunkt abhängt oder ob hierfür ein längerer Wahrnehmungszeitraum maßgeblich ist. Zusätzliche Komplikationen ergeben sich, wenn man die möglichen Unterschiede in der individuellen Betroffenheit durch wirtschaftliche Krisen berücksichtigt (vgl. zu den Problemen bei einer Analyse des Zusammenhanges zwischen objektiven und subjektiven Wirtschaftsdaten: Zintl 1985). Dem Versuch, Zusammenhänge zwischen den objektiven wirtschaftlichen Bedingungen und deren subjektiver Perzeption zu ermitteln, sind demnach durch den gegenwärtigen Stand der Theoriebildung und durch die Datenlage Grenzen gesetzt.

Ungeachtet der beschriebenen Schwierigkeiten läßt sich eine gewisse Entsprechung zwischen den objektiven wirtschaftlichen Gegebenheiten und der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage feststellen (vgl. Tabellen 2a und 2b). In den Jahren 1972 und 1980 nahm sich die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik für die Befragten überdurchschnittlich günstig aus, 1982 hingegen wurde die Lage besonders negativ bewertet. Wie nach den Konjunkturdaten zu erwarten, nimmt das Jahr 1976 eine Position zwischen diesen Extremfällen ein. Jedoch ähnelt die Einschätzung der Wirtschaftslage eher der Situation in den Jahren 1972 und 1980 als der im Jahre 1982. 1986 besteht dagegen ein bemerkenswerter Gegensatz zwischen den ungünstigen objektiven Rahmendaten und der vergleichsweise positiven Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Lage. Bei einer Arbeitslosenquote von mehr als 9 Prozent und einer Wachstumsrate von weniger als zwei Prozent beurteilten die Bundesbürger die wirtschaftliche Situation fast ebenso gut wie 1972, obgleich in diesem Jahr die Konjunkturindikatoren - mit Ausnahme der Inflationsrate - eine erheblich günstigere Situation erkennen ließen. Dennoch ist dieses Ergebnis nicht gänzlich unplausibel, wenn man es auf dem Hintergrund der Erhebung vorangegangenen wirtschaftlichen Entwicklung interpretiert. Während zwischen 1969 und 1972 ein Wachstumsrückgang und ein deutlicher Inflationsschub eintraten, erhielt die bundesdeutsche Wirtschaft zwischen 1982 und 1986 einen leichten Wachstumsimpuls, und der Anstieg der Lebenshaltungskosten wurde gebremst. Die Arbeitsmarktlage verschlechterte sich zwar weiter, aber nicht mehr so dramatisch wie zwischen 1980 und 1982. Die Einstellungsdaten deuten also darauf hin, daß nicht allein die gegenwärtige Wirtschaftslage in die Urteilsbildung der Befragten einfließt, sondern daß auch die mittelfristige Entwicklung für die wirtschaftlichen Einstellungen der Bevölkerung bedeutsam ist. Im Hinblick auf die objektiven wie auf die subjektiven Wirtschaftsdaten stellte sich vor allem der Zeitraum 1980/1982 als eine wirtschaftliche Krise dar.

Abgesehen vom Krisenjahr 1982 waren die wirtschaftlichen Einstellungen der Bundesbürger in unserem Untersuchungszeitraum sehr stabil. In sämtlichen fünf Erhebungen entfiel der Modalwert auf die Antwortkategorie "teils gut/teils schlecht". Normalerweise übertraf der Anteil positiver Bewertungen der Wirtschaftslage deutlich den der negativen Einstellungen. 1982 war das einzige Jahr, in dem ein deutlicher Überhang negativer Perzeptionen der gesamtwirtschaftlichen Lage auftrat. Wie unterschiedlich einzelne Personen oder Bevölkerungsgruppen dabei die objektiven makroökonomischen Daten bewerteten, zeigen die in den Tabellen 2a und 2b enthaltenen Standardabweichungen.

Auch in ihren Aussagen über ihre eigene wirtschaftliche Situation reagieren die Bundesbürger auf die konjunkturellen Rahmenbedingungen. Jedoch beurteilen sie ihre persönliche wirtschaftliche Lage einheitlicher und günstiger als die der Gesamtwirtschaft. 1976 unterschied sich das Urteil über die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wesentlich von den 1972 und 1976 ermittelten Werten. Selbst 1982 schätzten die Bundesbürger ihre eigene ökonomische Situation noch verhältnismäßig günstig ein, wenn man die betreffenden Angaben mit jenen zur wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik vergleicht. Wie stark die Wahrnehmung der persönlichen und der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen divergieren kann, zeigt sich vor allem in dem kritischen Zeitraum von 1980 bis 1982, in dem das Urteil über die gesamtwirtschaftliche Lage sich wesentlich stärker verschlechterte als die Bewertung der individuellen Wirtschaftslage. Wirtschaftliche Krisen scheinen sich relativ rasch und deutlich in die Perzeption der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen umzusetzen, sie schlagen sich aber weniger deutlich in der Bewertung der eigenen Situation nieder. Bevor dies geschieht, bedarf es schon eines nachhaltigen wirtschaftlichen Einbruches. Die partielle Abkopplung der persönlichen Lebensbedingungen von der Lage der Gesamtwirtschaft könnte für die Analyse des Zusammenhanges zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der Systemakzeptanz noch bedeutsam werden.

Tabelle 2a: Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage, 1972-1986
(Angaben in Prozent).

Frage: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik (ihre eigene wirtschaftliche Lage)?

a) Gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik

	1972	1976	1980	1982	1986
sehr gut	3	2	5	0	3
gut	38	29	41	11	36
teils gut, teils schlecht	44	53	46	43	49
schlecht	8	14	8	38	10
sehr schlecht	4	2	1	8	2
k.A.	3	0	0	0	1
Mittelwert	2.73	2.84	2.60	3.42	2.73
SD	.82	.75	.74	.80	.61
N	2052	2076	1518	1622	3095

b) Gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Befragten

	1972	1976	1980	1982	1986
sehr gut	4	5	4	2	3
gut	57	53	58	40	57
teils gut, teils schlecht	30	34	33	46	29
schlecht	6	7	5	11	8
sehr schlecht	2	1	1	2	2
k.A.	1	0	0	0	0
Mittelwert	2.46	2.47	2.39	2.71	2.48
SD	.78	.75	.68	.75	.77
N	2052	2076	1518	1622	3095

Quellen: Wahlstudie 1972, ZA-Nr. 0635; Wahlstudie 1976, ZA-Nr. 0823; Wahlstudie 1980, ZA-Nr. 1053; Wahlstudie 1983, ZA-Nr. 1276; Allbus 1986, ZA-Nr. 1500.

Die Daten für die Jahre 1972, 1976 und 1983 sind der ersten Welle der Panel-Studie entnommen. Die Daten für 1980 entstammen der Septemberumfrage. Da im Datensatz für das Jahr 1986 keine Informationen zur Systemzufriedenheit enthalten sind, wird dieses Jahr in den folgenden Analysen nicht berücksichtigt.

Tabelle 2b: Beurteilung der zukünftigen Wirtschaftslage, 1972-1982 (Angaben in Prozent).

Frage: Und wie wird es in einem Jahr sein? Erwarten Sie, daß die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik im allgemeinen dann ... sein wird/Was glauben Sie, wie wird ihre eigene wirtschaftliche Lage sein?...

a) Zukünftige wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik

	1972	1976	1980	1982	1986
wesentlich besser	1	3	2	1	0
etwas besser	17	36	12	15	19
gleichbleibend	51	51	61	47	62
etwas schlechter	14	9	23	31	13
wesentlich schlechter	2	1	2	6	1
k.A.	15	1	1	0	4
Mittelwert	2.97	2.69	3.12	3.26	2.96
SD	.71	.71	.70	.81	.68
N	2052	2076	1518	1622	3095

b) Zukünftige wirtschaftliche Lage des Befragten

	1972	1976	1980	1982	1986
wesentlich besser	2	2	2	0	2
etwas besser	22	21	18	10	17
gleichbleibend	61	69	70	66	71
etwas schlechter	9	6	10	20	7
wesentlich schlechter	1	0	1	3	1
k.A.	5	1	0	0	2
Mittelwert	2.85	2.81	2.90	3.15	2.88
SD	.67	.60	.60	.65	.58
N	1222	2076	1518	1622	3095

Quellen: Wie Tabelle 2a

Die Frage zur Einschätzung der zukünftigen individuellen Wirtschaftslage war in der ersten Panel-Welle 1972 nicht enthalten. Aus diesem Grunde wird auf die Daten der Nachwahlumfrage (3. Panel-Welle) zurückgegriffen. In den folgenden Analysen für das Jahr 1972 wurde dieser Indikator nicht berücksichtigt.

Für die Zukunft erwartete die Mehrheit der Bundesbürger in keiner der fünf Erhebungen durchgreifende ökonomische Veränderungen. Dies gilt für die persönliche Sphäre noch stärker als für den Bereich der Gesamtwirtschaft. Dennoch gibt es einige bemerkenswerte Unterschiede in den Aussagen über die Gegenwart und über die Zukunft, die man zwar nicht überinterpretieren, aber doch erwähnen sollte. Im Gegensatz zu ihrer aktuellen Situation schätzen die Bundesbürger ihre persönlichen wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven nicht durchgängig positiver ein als die Aussichten der Gesamtwirtschaft. Abweichend von den übrigen drei Erhebungen rechnete die Bevölkerung im Jahr 1976 vor allem mit gesamtwirtschaftlichen Verbesserungen (39%), weniger dagegen mit einer vorteilhaften Entwicklung der eigenen Lage (23%).

Die vier untersuchten wirtschaftlichen Einstellungen sind miteinander nur schwach verbunden (vgl. Tabelle 3; ähnlich auch: Rattinger 1984:383). Zudem beeinflussen situationsspezifische Effekte die Stärke der zwischen ihnen bestehenden Beziehungen. Lediglich die Art und Weise, in der die Bundesbürger ihre gegenwärtige individuelle Wirtschaftslage wahrnehmen, steht in einem konsistenten Zusammenhang mit den übrigen wirtschaftlichen Orientierungen: Sie beeinflusst sowohl die Perzeption der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik als auch die eigenen Zukunftsaussichten schwach positiv. Dabei muß offen bleiben, ob dies als kausale Abhängigkeit oder eher als eine wechselseitige Interdependenz zu interpretieren ist (vgl. hierzu auch die Überlegungen bei Rattinger 1984:383ff).

Obgleich die verfügbaren Daten systematische, empirisch abgesicherte Aussagen über die Beziehungen zwischen den objektiven und den subjektiven ökonomischen Größen nicht zulassen, läßt sich ein gewisser Zusammenhang zwischen diesen beiden Aspekten der Wirtschaftslage erkennen. Sofern die Bevölkerung das politische System für das Funktionieren der Wirtschaft verantwortlich macht, sind deshalb Transfer-effekte von der Wirtschaftslage zur Systemakzeptanz zu erwarten. Bedauerlicherweise enthalten die nachfolgend ausgewerteten Datensätze keine brauchbaren Indikatoren für die dem Staat zugewiesene wirtschaftliche Verantwortung. Die wenigen verfügbaren Daten sprechen allerdings dafür, daß die Bundesbürger die wirtschaftlichen Aufgaben des Staates vergleichsweise umfassend definieren.

Tabelle 3: Der Zusammenhang zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Einstellungen, 1972-1982.

	GGWL	GPWL	ZGWL	ZPWL
GGWL				
1972	1.000	.335	.068	.***
1976	1.000	.366	.130	.084
1980	1.000	.356	.264	.132
1982	1.000	.234	.169	.085
GPWL				
1972		1.000	.134	.***
1976		1.000	.122	.298
1980		1.000	.157	.386
1982		1.000	.159	.370
ZGWL				
1972			1.000	.***
1976			1.000	-.007
1980			1.000	.106
1982			1.000	.115

Quellen: Wie Tabelle 1

Erläuterungen: Die Angaben sind Pearsonsche Korrelationskoeffizienten.

Bedeutung der Abkürzungen:

GGWL	Gegenwärtige gesamtwirtschaftliche Lage;
GPWL	Gegenwärtige persönliche Wirtschaftslage;
ZGWL	Zukünftige gesamtwirtschaftliche Lage;
ZPWL	Zukünftige persönliche Wirtschaftslage.

4.4. Wirtschaftliche und politische Einstellungen in der Bundesrepublik

Nach der in der Literatur vorherrschenden Auffassung spielt das wirtschaftliche Wohlergehen für die Systemzufriedenheit der Bevölkerung eine wichtige Rolle. Demnach müßten sich die konjunkturellen Schwankungen und die perzipierten Unterschiede in der Wirtschaftslage auch in den Einstellungen zum politischen System niederschlagen. Diejenigen Bevölkerungsgruppen, die die wirtschaftliche Lage positiv bewerten, müßten demzufolge mit dem politischen System der Bundesrepublik zufriedener sein als Personen, bei denen eine negative Einschätzung der individuellen und kollektiven wirtschaftlichen Bedingungen vorherrscht. Diese Vorstellung zahlreicher bundesdeutscher Sozialwissenschaftler deckt sich mit den Thesen von Crozier et al. (1975:4, 37ff, 52ff, 106ff), die in der zunehmenden ökonomischen Instabilität der westlichen Industriegesellschaften eine Gefährdung für die Funktionsfähigkeit des liberal-demokratischen Regimes sehen: "So, also, worldwide depression or inflation may be caused by factors which are external to any particular society and which are not caused directly by the operation of democratic government; and yet they may be present serious problems to the functioning of democracy."

Die Annahme einer positiven Beziehung zwischen wirtschaftlicher und politischer Zufriedenheit ist plausibel und bedarf insoweit keiner detaillierten Begründung. Wesentlich schwieriger ist es dagegen, nachvollziehbare Annahmen darüber zu formulieren, welche der vier zuvor behandelten wirtschaftlichen Einstellungen den größten Einfluß auf die Systemzufriedenheit ausübt und welche demgegenüber von nachrangiger Bedeutung sind. Vermutlich beeinflußt die Perzeption der gegenwärtigen Wirtschaftslage die Einstellungen zum politischen System stärker als dies die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen tun. Schon weil Urteile über zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen mit einer beträchtlichen Ungewißheit belastet sind, hängen sie wohl nicht so stark mit anderen Einstellungen zusammen wie die weitaus verlässlicheren Aussagen über die aktuelle wirtschaftliche Lage.

Ob die Systemzufriedenheit stärker von der Perzeption der individuellen oder der gesamtwirtschaftlichen Lage beeinflußt wird, läßt sich nur schwer voraussagen. Stellt man auf die persönliche Betroffenheit als Auslösefaktor politischer Unzufriedenheit ab, dann wird man eine größere Bedeutsamkeit der perzipierten individuellen Situation unterstellen müssen. Auf der anderen Seite ist unklar, in welchem Maße die Bürger den Staat für ihre

eigene wirtschaftliche Lage verantwortlich machen und auf eine Verschlechterung dieser Situation mit einem Loyalitätsentzug reagieren. Zwar gibt es nach Rattinger (1985:189) in der Bundesrepublik "kein umfassendes Gefühl des ökonomischen Individualismus ..., wonach allein das Individuum für wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg verantwortlich zu machen ist". Dies schließt aber keineswegs aus, daß sich die Bundesbürger auch eine Eigenverantwortung für ihre wirtschaftliche Situation zuschreiben. Bei dieser Ausgangslage muß offen bleiben, welcher der beiden Einstellungen zur aktuellen Wirtschaftslage die größere Bedeutung für das Auftreten negativer Systemeffekte zukommt.

Systematischen empirischen Tests wurde die Hypothese über die Outputabhängigkeit der Systemakzeptanz der Bundesbürger bislang sehr selten unterzogen. Für die Bundesrepublik sind mir lediglich zwei empirische Studien über die Wechselwirkungen zwischen der Wirtschaftslage und der Systemakzeptanz bekannt. Auf der Basis von Daten aus dem Jahre 1974 stellte Kaltefleiter (1974:54) einen Einfluß wirtschaftlicher Einstellungen auf die Systemzufriedenheit fest: "Die allgemeine Zustimmung zu einem politischen System ist ... stark abhängig von der Beurteilung der ökonomischen Situation" (Hervorh. OWG.). Aus seinen empirischen Befunden leitet Kaltefleiter die Schlussfolgerung ab, "daß die Erfüllung der wirtschaftlichen Erwartungen in das politische System integriert und daß ihre Nichterfüllung Tendenzen zur Desintegration auslöst, die umso stärker sind, je weniger eine Opposition im politischen System sich als Alternative anbietet" (Kaltefleiter 1974:54f).

Deutlich zurückhaltender, in der Tendenz aber ähnlich, argumentiert Fuchs (1987:365), der die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, der Einstellungen zur innenpolitischen Lage und zu den wirtschaftlichen Zukunftserwartungen der Bundesbürger über einen längeren Zeitraum verfolgt: "Ein Vergleich der vier Zeitreihen zeigt in dem uns interessierenden Aspekt eine erstaunlich übereinstimmende Verlaufsform. Die Verschlechterung der Einschätzungen setzte etwa Anfang 1980 ein - ... mit einem Tiefpunkt Ende 1981/Anfang 1982 und einer Aufwärtsbewegung, die etwa im Frühjahr 1982 begann. Dieser Verlauf ist ungefähr parallel zu objektiven Wirtschaftsentwicklung, wie die hier nicht dargestellte Zeitreihen (sic) objektiver Indikatoren (Arbeitslosenquote, Inflationsrate, Bruttosozialprodukt) zeigen. Ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Demokratiezufriedenheit auf der Grundlage der sichtbaren Verlaufsform der Zeitreihen ist natürlich kein wirklicher Beweis. ... Die ausgeprägte Parallelität der Verläufe in den Jahren 1981/82

macht u.E. aber doch plausibel, daß die Wirtschaftsrezession einer der entscheidenden Situationsfaktoren gewesen ist, die zu dem Absinken der Demokratiezufriedenheit führten".

Eine systematische, auf Individualdaten basierende empirische Analyse der Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen Einstellungen und den Systemorientierungen ist allerdings auch in der Arbeit von Fuchs nicht enthalten. Den bisherigen Aussagen über die Abhängigkeit der Systemakzeptanz vom perzipierten Zustand der bundesdeutschen Wirtschaft kann demnach günstigstenfalls der Status empirisch plausibler Hypothesen zuerkannt werden.

Mit der Entwicklung der Systemzufriedenheit in der Bundesrepublik befaßten sich mehrere Arbeiten, die sich ausnahmslos auf eine breite Datenbasis stützen konnten. Die in diesen Erhebungen eingesetzten Meßinstrumente sind nicht einheitlich, so daß auch die Forschungsergebnisse divergieren (vgl. dazu den Überblick bei Schüttemeyer 1986:61ff). Ohne auf Einzelheiten einzugehen, möchte ich die wichtigsten Resultate der empirischen Forschung über die Unterstützung des politischen Systems durch die Bundesbürger folgendermaßen zusammenfassen:

1) Unabhängig von der Erhebungsform gibt es in der Bundesrepublik mehr Personen, die mit der bestehenden politischen Ordnung zufrieden sind als solche, die Unzufriedenheit artikulieren. Lediglich in einer einzigen Studie, dem European Community Survey von 1973, wurde ein von diesem Befund abweichendes Ergebnis ermittelt.

2) Im internationalen Vergleich ist die Systemzufriedenheit in der Bundesrepublik hoch und stabil.

3) Ökonomische und politische Krisen wie in den Jahren 1973/74 und 1981/82 führen zwar zu einem vorübergehenden Rückgang der Systemakzeptanz. Das Ende der Krise war bislang aber immer mit einer Restabilisierung der Demokratiezufriedenheit verbunden.

4) Von wenigen Ausnahmen abgesehen, finden wir in allen gesellschaftlich-politischen Teilgruppen mehrheitlich positive Einstellungen zum politischen System. Sie werden allerdings durch einzelne politische Orientierungsmuster, insbesondere durch die Parteipräferenz, durch die Selbsteinstufung auf dem Rechts-Links-Kontinuum, materialistische bzw. postmaterialistische Wertorientierungen u.a.m. verstärkt oder

abgeschwächt (vgl. zur Systemzufriedenheit in der Bundesrepublik: Fuchs 1987; Gabriel 1986:279ff; 1987a; Kaase 1985; Schüttemeyer 1986:65ff).

Zwar besitzen die Einstellungen der Bundesbürger zum politischen Regime nicht die Qualität einer "Regen- und Sonnenschein-Unterstützung", die nach Conradt (1980:221) im Idealfalle eine funktionsfähige Demokratie auszeichnet (anders dagegen: Sniderman 1981:15ff, 45f). Bislang allerdings fiel die Systemunterstützung selbst in schwierigen Situationen nicht unter ein bestandskritisches Niveau - sofern sich ein derartiger Zustand überhaupt bestimmen läßt.

Bedauerlicherweise gibt es keine Möglichkeit, die Beziehung zwischen den zuvor eingeführten wirtschaftlichen Einstellungen und der Systemzufriedenheit über einen längeren Zeitraum auf einer einheitlichen Datenbasis zu verfolgen. In den Eurobarometern sind Fragen zur wirtschaftlichen Situation nur sporadisch enthalten, die Forschungsgruppe Wahlen, die wirtschaftliche Einstellungen in ihren Wahlstudien regelmäßig ermittelt, wechselte zwischen 1976 und 1980 das Format der Frage nach der Demokratiezufriedenheit. Aus diesem Grunde muß der gesamte Untersuchungszeitraum nachfolgend in zwei gesondert zu untersuchende Teilabschnitte, die Jahre 1972/76 sowie 1980/82, zerlegt werden. Zudem enthält die Frage nach der Demokratiezufriedenheit in der Mannheimer Version drei Stimulusobjekte (Demokratie, politisches System, politische Parteien). Der Einwand, es bleibe letztlich unklar, was mit der Frage nach der Demokratiezufriedenheit überhaupt gemessen wird, ist deshalb nicht völlig unbegründet. Nach dem Kriterium der Augenschein-Validität lassen sich zumindest die Einstellungen zu den politischen Parteien nicht ohne weiteres der Regime-Ebene zuordnen (vgl. auch Fuchs 1987:358ff). In Anbetracht der möglichen Kritik an der Brauchbarkeit des Meßinstrumentes ist es ratsam, weitere verfügbare Indikatoren der Systemzufriedenheit heranzuziehen. Zu Vergleichszwecken wird zudem die Frage nach der Zufriedenheit mit den Regierungsleistungen mitgeführt. Eine Übersicht über die Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen Einstellungen und der Systemakzeptanz ist in Tabelle 4 enthalten.

Tabelle 4: Übersicht über die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen und politischen Einstellungen, 1972-1982 (Angaben: Pearsonsche Korrelationskoeffizienten).

Demokratiezufriedenheit	GGWL	GPWL	ZGWL	ZPWL
1972	.23	.18	.08	.**
1976	.26	.25	.13	.11
1980	.32	.27	.14	.23
1982	.13	.23	.17	.12
Regierungszufriedenheit				
1972	.23	.11	.14	.**
1976	.37	.22	.17	.10
1980	.31	.15	.26	.11
1982	.13	.13	.19	.17
Systemlegitimität 1980	.21	.18	.20	.14
Systemvertrauens- Index 1982	.13	.17	.14	.14
Regierungsvertrauens- Index 1982	.14	.17	.21	.15

Quellen: Wie Tabelle 2a

4.4.1. Wirtschaftslage und Systemzufriedenheit in den Jahren 1972 und 1976

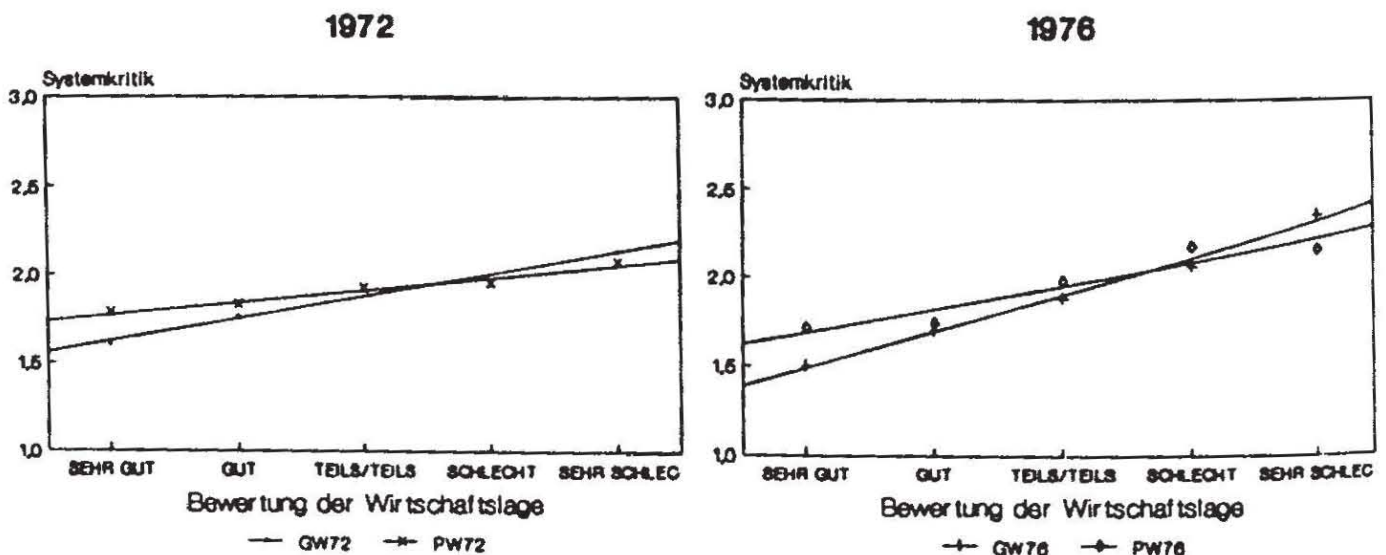
Obgleich sich die objektive gesamtwirtschaftliche Situation, aber auch deren Perzeption durch die Bevölkerung, im Jahre 1972 günstiger ausnahm als vier Jahre später, traten in der Zufriedenheit mit dem politischen System keine nennenswerten Unterschiede auf. In den drei 1972 durchgeführten Erhebungen erklärten zwischen 19 und 26 Prozent, mit dem Funktionieren der Demokratie sehr zufrieden zu sein. Auf die Antwortalternative "einigermaßen zufrieden" entfielen zwischen 64 und 69 Prozent. Unter den ökonomisch ungünstigeren Verhältnissen des Jahres 1976 beliefen sich die entsprechenden Anteile auf 23 bzw. 68 Prozent (vgl. genauere Angaben bei Gabriel 1986:282, Tab. 4-17).

1972 und 1976 übt die Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsaussichten keinen substantiellen Einfluß auf die Systemzufriedenheit aus

(vgl. Tabelle 4). Aus diesem Grunde beziehen sich die folgenden Analysen ausschließlich auf den Zusammenhang zwischen der Perzeption der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit.

In Übereinstimmung mit der ersten Hypothese begünstigt eine positive Einschätzung der gegenwärtigen *gesamtwirtschaftlichen Lage* die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem politischen System. Umgekehrt fördert eine negative Einstellung zur Wirtschaftslage die Unzufriedenheit mit der Demokratie. 1976, aber nicht 1972, übt auch die Einschätzung der *persönlichen wirtschaftlichen Situation* einen derartigen Effekt aus (vgl. Abbildung 1a). Die wirtschaftlichen Einstellungen binden einen Varianzanteil von maximal 6.8 Prozent bei der Systemzufriedenheit. Vier der in den Jahren 1972 und 1976 ermittelten Korrelationskoeffizienten sind wegen ihres niedrigen Wertes ($r < .20$) nicht interpretierbar. Bei Verwendung von Beziehungsmaßen für ordinalskalierte Variablen ergeben sich noch schwächere Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Einstellungen.

Abbildung 1a: Wirtschaftslage und Systemakzeptanz in der Bundesrepublik Deutschland, 1972 und 1976 (Angaben: Mittelwert auf der Demokratiezufriedenheitsskala).



Quellen: wie Tabelle 2a

Ogleich grundsätzlich positive Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Einstellungen auftreten, stützen die Daten in keinem Fall Kaltefleiters These (1974:54f), in der Bundesrepublik bestehe ein enger Zusammenhang zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der

Systemzufriedenheit.

Der Einfluß der Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Lage auf die Systemzufriedenheit blieb von 1972 auf 1976 recht stabil, den leichten Anstieg des Wertes der Beziehungsmaße sollte man nicht überinterpretieren. Demgegenüber stellten die Befragten 1976 einen erkennbar engeren Zusammenhang zwischen ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation und der Systemzufriedenheit her als vier Jahre zuvor. In Anbetracht der eingetretenen Verschlechterung der Wirtschaftslage erscheint dieser Einstellungswandel plausibel. Es ist nämlich zu vermuten, daß vor allem eine ungünstige wirtschaftliche Entwicklung zur Ausbreitung ökonomisch motivierter Systemkritik beiträgt. Dagegen wird eine über lange Zeit günstige Wirtschaftslage für die Bevölkerung leicht zur Selbstverständlichkeit und führt zumindest kurzfristig nicht zu einem Wandel der Systemorientierungen. Natürlich hat diese Aussage mangels differenzierter Daten über die Ursachen wirtschaftlicher und politischer Unzufriedenheit lediglich hypothetischen Charakter.

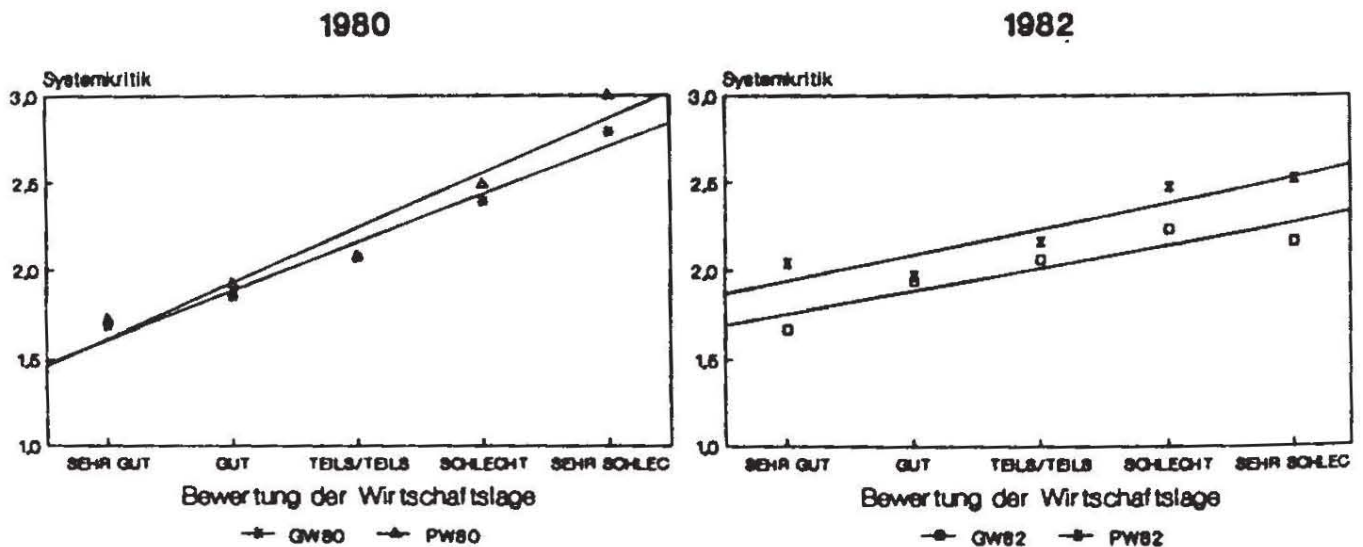
4.4.2. Der Zusammenhang der perzipierten Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit in den Jahren 1980 und 1982

Die Entwicklung zwischen 1980 und 1982 ähnelt jener im zuvor untersuchten Zeitraum insoweit, als es auch hier zu einem wirtschaftlichen Einbruch kam, der seinen Niederschlag in einer verschlechterten Einschätzung der ökonomischen Rahmenbedingungen fand. Sie unterscheidet sich jedoch im Ausmaß der objektiven Veränderungen und im beobachtbaren Einstellungswandel grundlegend von der Konstellation im ersten Untersuchungsabschnitt.

Wie Fuchs (1987:365ff) ausführlich beschrieb, war der Rückgang der wirtschaftlichen Leistungskraft der Bundesrepublik mit einer Zunahme systemkritischer Einstellungen verbunden. Dieser Prozeß kam allerdings spätestens mit dem Regierungswechsel im Herbst 1982 zum Stillstand. Für unsere Dateninterpretation ist dieser Tatbestand deshalb bedeutsam, weil die Akzeptanzkrise, in der sich das politische System der Bundesrepublik vorübergehend befand, in der Novemberumfrage des Jahres 1982 ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte. Infolge dieser Restabilisierung des Systemvertrauens lag die Zufriedenheit der Bundesbürger mit der Demokratie im Jahre 1982 nur um sieben Prozentpunkte niedriger als 1980 (78 bzw. 85 Prozent; detaillierte Angaben hierzu bei Gabriel 1986:279ff, bes. 284, Tabelle 4-18; 1987a:32ff).

Auf den ersten Blick entwickelten sich die politisch-ökonomischen Beziehungsmuster zwischen 1980 und 1982 ziemlich paradox. Die Konstellation weicht zudem deutlich von dem in der ersten Untersuchungsperiode ermittelten Befund ab. Während sich die objektiven und die subjektiven Wirtschaftsdaten in beiden Zeitabschnitten verschlechterten, schwächte sich der Einfluß der perzipierten Wirtschaftslage auf die Systemzufriedenheit - anders als in der Vorperiode - ab. Dies gilt in erster Linie für den Zusammenhang zwischen der perzipierten gesamtwirtschaftlichen Lage und der Zufriedenheit mit dem politischen System. 1980 konnte durch diese ökonomische Variable noch 10.2 Prozent der Varianz in der Systemzufriedenheit gebunden werden, zwei Jahre später lag der entsprechende Wert unter zwei Prozent (vgl. Tabelle 4 und Abbildung 1b).

Abbildung 1b: Wirtschaftslage und Systemakzeptanz in der Bundesrepublik Deutschland, 1980 und 1982 (Angaben: Mittelwert auf der Demokratiezufriedenheitsskala).



Quellen: wie Tabelle 2a

Die Einstellung zur gesamtwirtschaftlichen Lage prägte im Jahre 1982 die Systemzufriedenheit nicht in demselben Maße, wie dies in den Umfragen der Vorjahre festzustellen war. Dagegen stellten die Befragten 1982 eine ähnlich enge Verbindung zwischen ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation und der Einstellung zum politischen System her wie in den Jahren zuvor. Die plausible Annahme, daß in ökonomischen Krisensituationen das wirtschaftlich motivierte Unbehagen am politischen System wächst, wird durch unsere Daten dem ersten Anschein nach nicht gestützt. Von den Personen, die die wirtschaftliche Lage der

Bundesrepublik negativ bewerteten, erklärten 1980 43 Prozent, sie seien mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden, 1982 lag der betreffende Anteil in dieser Personengruppe mit 29 Prozent deutlich niedriger. Man erhält allerdings nur einen unvollständigen Eindruck von dem im Untersuchungszeitraum abgelaufenen Einstellungswandel, wenn man sich bei der Dateninterpretation ausschließlich auf die Beziehungsmaße und auf prozentuale Häufigkeitsverteilungen oder auf die in Abbildung 1a wiedergegebenen Mittelwerte stützt, die Veränderung in der Randverteilung der ökonomischen Einstellungen aber unberücksichtigt läßt. Zwischen 1980 und 1982 hatte sich nämlich der Anteil negativer Einstellungen zur wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik vervierfacht. Durch dieses starke Wachstum vergrößerte sich auch die Zahl der mit den politischen und ökonomischen Bedingungen Unzufriedenen erheblich (1980: 4 Prozent, 1982: 13 Prozent). Eine derartige Entwicklung zeigt sich bei der Beziehung zwischen der perzipierten individuellen Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit nur in abgeschwächter Form. Die Kombination einer negativen Einstellung zur individuellen wirtschaftlichen Situation mit Antisystemaffekten trat 1982 doppelt so häufig auf wie 1980. Wie bereits in den Jahren 1972 und 1976 spielten auch 1980 und 1982 die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen als Vorhersagegrößen der Systemzufriedenheit keine nennenswerte Rolle.

Für die Jahre 1980 und 1982 stehen weitere Indikatoren der Systembewertung durch die Bundesbürger zur Verfügung, deren Objektbezug eindeutiger ist als bei der Frage nach der Demokratiezufriedenheit. Darüber hinaus erfassen sie - zumindest unter Plausibilitäts Gesichtspunkten - grundlegendere Aspekte des Verhältnisses der Bevölkerung zum politischen System, die den politischen Legitimitätsüberzeugungen im Sinne von Lipset und Easton recht nahekommen (vgl. ausführlicher zu diesem Problem Gabriel 1986:294ff; 1987a:37ff). In der Wahlstudie 1980 wurden die Bundesbürger gefragt, inwieweit das politische System der Bundesrepublik ihren eigenen Vorstellungen davon entspreche, was in der Politik gut und richtig sei. Die Wahlstudie 1983 enthielt Fragen nach der Gerechtigkeit und Fairneß und nach den freiheitssichernden Funktionen des politischen Systems. Nach den aus Eastons (1975) Konzeption ableitbaren Annahmen müßten diese Einstellungen von der Perzeption wirtschaftlicher Gegebenheiten unabhängiger sein als die Demokratiezufriedenheit, der Schüttemeyer (1986:90ff) zu Recht eine mehr oder minder deutlich ausgeprägte Komponente spezifischer, leistungsbezogener Unterstützung zuschreibt. Diese Erwartung bestätigt sich nach den in Tabelle 4 enthaltenen Daten nicht. Da eine Validierung der Unterstützungsindikatoren bei der

gegebenen Datenlage nur bedingt möglich ist (vgl. die Versuche bei Fuchs 1981; Gabriel 1988), muß offenbleiben, ob dies Ergebnis auf Unzulänglichkeiten des Erhebungsinstruments zurückgeht oder ob ihm eine inhaltliche Bedeutung zukommt.

Ohne Vergleichsmaßstäbe ist es schwierig, die Bedeutsamkeit der ermittelten Beziehungsmuster zu beurteilen, zumal auch die vorliegenden Beiträge zur empirischen Demokratietheorie keine präzisen Aussagen über das für eine Demokratie akzeptable Ausmaß an Verflechtung zwischen wirtschaftlicher Zufriedenheit und Systemakzeptanz enthalten. Auf dem Hintergrund von David Eastons (1965:153ff; 1975) Überlegungen zur Funktion politischer Unterstützung in der Demokratie bietet es sich jedoch an, die bisherigen Ergebnisse mit den zwischen wirtschaftlichen Einstellungen und der Regierungszufriedenheit ermittelten Beziehungen zu vergleichen. In einer funktionsfähigen Demokratie müßte sich Unzufriedenheit mit den ökonomischen Gegebenheiten primär auf das Verhältnis der Bevölkerung zur amtierenden Regierung auswirken, die Einstellungen zum politischen Regime aber weitgehend unberührt lassen. Diese generelle Aussage trifft für die Bundesrepublik in den siebziger und in den achtziger Jahren nicht zu. Die Wahrnehmung der gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten beeinflusst die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung im allgemeinen nicht stärker als ihre Einstellung zum politischen System. Nur im Jahre 1976 ist die theoretisch zu erwartende engere Beziehung zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der Bewertung der Regierungsleistungen festzustellen. Entgegen den Erwartungen hängt die Einstellung zur aktuellen persönlichen Wirtschaftslage mit der Demokratiezufriedenheit sogar noch etwas enger zusammen als mit dem Urteil über die Regierungsarbeit (vgl. die Angaben in Tabelle 4). Die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen sind weder mit der System- noch mit der Regierungszufriedenheit eng verknüpft, Unterschiede sind hier eher situationsspezifischer als struktureller Natur.

Die empirische Analyse bestätigte die eingangs formulierten Hypothesen über den Einfluß der perzipierten Wirtschaftslage auf die Systemakzeptanz in der Bundesrepublik allenfalls in eingeschränkter Form. Zwar fördert eine positive Bewertung der gegenwärtigen Wirtschaftslage im allgemeinen die Zufriedenheit mit dem politischen System, doch ist dies keineswegs immer in demselben Umfange der Fall. Die Instabilität der Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Einstellungen läßt sich strukturell kaum erklären. In ökonomischen Krisensituationen ist diese Wechselbeziehung nicht generell stärker als unter günstigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch die entgegengesetzte

Beziehung läßt sich nicht eindeutig feststellen. Die Bewertung der individuellen Wirtschaftslage hängt mit der Systemzufriedenheit grundsätzlich nicht stärker, aber auch nicht schwächer zusammen als die Perzeption der gesamtwirtschaftlichen Situation. Schließlich sind die Systemorientierungen und die Einstellungen zur amtierenden Regierung mit der perzipierten Wirtschaftslage etwa gleich stark verbunden. Lediglich in einem Punkte bestätigen sich die Erwartungen: Von den vier wirtschaftlichen Einstellungen tragen die Zukunftserwartungen am wenigsten zur Erklärung der Systemzufriedenheit bei.

Statt strukturell eindeutig interpretierbarer Beziehungsmuster haben wir in jedem der vier untersuchten Jahre eine jeweils besondere Einstellungsstruktur vor uns, aus der sich praktisch keinerlei differenzierte Aussagen über politisch-ökonomische Interdependenzen gewinnen lassen. Die einzige allgemeine Einsicht aus den bisherigen Analysen kann man folgendermaßen formulieren: Die Perzeption wirtschaftlicher Gegebenheiten scheint selbst in kritischen Situationen keineswegs eine solch schicksalhafte Bedeutung für die Stabilität der deutschen Demokratie zu haben, wie man es selbst in neueren Publikationen behauptet (vgl. z.B.: Berger et al. 1986:287; Kevenhörster 1978:81,85; Sontheimer 1985:102, 116ff). Auch in der prekären wirtschaftlichen Lage des Jahres 1982 gab es nur eine kleine Gruppe von Bundesbürgern, die Kritik an den ökonomischen Bedingungen und am politischen System artikulierten. Die breite Mehrheit macht die Zufriedenheit mit dem politischen System nicht von einer günstigen Wirtschaftslage abhängig.

In dies sehr uneinheitliche Gesamtbild paßt es, daß alle vier hier behandelten wirtschaftlichen Einstellungen gemeinsam einen Varianzanteil von maximal 15.5 Prozent in der Systemzufriedenheit binden (1980). Sie bilden, wie schon früher gezeigt, kein festes und kohärentes ökonomisches Überzeugungssystem, sondern sie sind nur locker miteinander verbunden. Zudem wirken sie nicht interaktiv, sondern unabhängig voneinander auf die Systemakzeptanz ein. Bei Konstanz der übrigen wirtschaftlichen Orientierungen kommt der Einschätzung der individuellen wirtschaftlichen Lage in sämtlichen vier Erhebungen eine erkennbare Bedeutung als Prädiktorvariable der Demokratiezufriedenheit zu. 1972 und 1980, nicht aber 1982, gilt dies auch für die Perzeption der gesamtwirtschaftlichen Lage. In den Jahren 1976 und 1982 ist auch im multivariaten Modell die Einschätzung der persönlichen Wirtschaftslage die wichtigste Prädiktorvariable der Systemzufriedenheit. 1980 kommt diese Funktion der Wahrnehmung der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen zu. Die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen spielen in den multivariaten

Analysen keine Rolle (vgl. für 1976 bis 1982 die Angaben in Tabelle 5).

Tabelle 5: Systemakzeptanz und Einstellung zur Wirtschaftslage, 1976-1982 (Multiple Klassifikationsanalyse).

	1976		1980		1982	
	Eta	Beta	Eta	Beta	Eta	Beta
GGWL	.24	.16	.31	.22	.15	.09
GPWL	.26	.20	.27	.17	.24	.21
ZGWL	.12	.06	.23	.13	.15	.09
ZPWL	.11	.07	.18	.07	.11	.05ns
RSQ	.106		.155		.082	

Anmerkung: Alle Koeffizienten sind, soweit nicht anders angegeben, mindestens auf dem 95-Prozent-Niveau signifikant. Die Interaktionseffekte zweiter Ordnung sind mit einer Ausnahme (ZGWL*ZPWL, 1976) auf dem 95-Prozent-Niveau statistisch insignifikant. Interaktionseffekte dritter Ordnung konnten wegen der kleinen Fallbesetzungen in den Extremgruppen nicht berechnet werden.

Quellen: Wie Tabelle 2a

Die bisher vorgestellten Ergebnisse stellen im Hinblick auf die aus der Wahlforschung vorliegenden Erkenntnisse über die ökonomischen Determinanten der Wahlentscheidung keine Überraschung dar. Wie aus mehreren empirischen Studien hervorgeht, ist die Einschätzung der Wirtschaftslage für die Stimmabgabe bei Wahlen zwar nicht unbedeutend, im Vergleich mit anderen kurzfristig wirksamen Determinanten des Wählerverhaltens spielt sie aber auch keine überragende Rolle (vgl. hierzu den zusammenfassenden Literaturüberblick bei Jung 1985). Wenn schon das Verhältnis der Wähler zur Regierung und zur Opposition nur bedingt von ökonomischen Faktoren bestimmt wird, dann wäre ein starker Zusammenhang zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und den grundsätzlicheren Systemorientierungen der Bürger in der Tat erstaunlich.

5. Die Beziehung zwischen der wahrgenommenen wirtschaftlichen Lage und der Systemakzeptanz im Kontext anderer Faktoren

5.1. Die berufliche Position der Befragten und die Bedeutsamkeit ökonomischer Probleme als vermittelnde Größen

Es ist nicht auszuschließen, daß die allenfalls lockere, situationsspezifisch variierende Beziehung zwischen der Perzeption der Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit durch die Intervention bestimmter ökonomischer und politischer Faktoren zustandekommt. In der Gesamtstichprobe könnten sich möglicherweise gruppenspezifische Reaktionsmuster auf die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen neutralisieren. Im Interesse möglichst differenzierter Aussagen über den Zusammenhang zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der Systemakzeptanz empfiehlt es sich daher, den Einfluß derartiger wirtschaftlicher und politischer Drittvariablen zu kontrollieren. Als Vermittlungsgrößen zwischen wirtschaftlichen und politischen Einstellungen kommen z.B. die berufliche Stellung von Individuen, die perzipierte Bedeutsamkeit ökonomischer Fragen und die Parteipräferenz in Frage (vgl. dazu z.B. Jung 1982:73ff; Rattinger 1983; 1984; 1985; Roth 1973; 1977).

Nach Rattinger (1985:188,191) beeinflußt die berufliche Stellung von Individuen deren wirtschaftliche Einstellungen. In seiner Untersuchung dieses Problems nahm Rattinger eine Abgrenzung zwischen Nichtberufstätigen sowie Beschäftigten innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes vor. Diese Vorgehensweise ist zwar sinnvoll, um aber zusätzlich die durch den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft ausgelösten berufsspezifischen Effekte zu kontrollieren, habe ich in den nachfolgenden Analysen statt dessen der konventionellen Abgrenzung nach Berufstätigkeiten (Arbeiter, Angestellte/Beamte, Selbständige, Landwirte, Sonstige) den Vorzug gegeben. Diese Berufsgruppen sind konjunktur- und strukturbedingten wirtschaftlichen Risiken in unterschiedlichem Maße ausgesetzt bzw. durch die strukturellen Veränderungen des Beschäftigungssystems nicht in demselben Maße gefährdet.

Obgleich die Annahme plausibel erscheint, daß sich wirtschaftliche Krisen auf die Lebensbedingungen dieser Personengruppen sehr unterschiedlich auswirken, beeinflußt die Stellung im Berufsleben die Beziehung zwischen der Perzeption der Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit nicht.

Selbst die Arbeitslosen transferieren ihre Unzufriedenheit mit der ökonomischen Lage nicht stärker in systemkritische Einstellungen als dies Personen in einer gesicherten beruflichen Position tun, z.B. die Beamten. Das hervorstechende Datum in diesem Bereich liegt nicht in gruppenspezifischen Besonderheiten, sondern in den sehr einheitlichen politischen Reaktionen auf die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen. Das einzig auffällige, aber keineswegs überraschende Ergebnis ist der überdurchschnittlich hohe Anteil ökonomisch motivierter politischer Unzufriedenheit unter den Arbeitslosen. Doch selbst in dieser von der wirtschaftlichen Entwicklung besonders hart betroffenen Gruppe artikulierten 1982 lediglich 27 (gesamtwirtschaftliche Lage) bzw. 16 Prozent (eigene Wirtschaftslage) Kritik an den politischen und ökonomischen Bedingungen. Gegenüber 1980 hatten sich die betreffenden Werte mit 25 und 15 Prozent praktisch nicht verändert (auf die Vorlage von Tabellen wird verzichtet).

Ein brauchbarer Indikator für die Bedeutsamkeit ökonomischer Probleme bzw. für die dem Staat zugewiesene ökonomische Verantwortung stand in den für diese Untersuchung ausgewerteten Datensätzen nicht zur Verfügung. Aus diesem Grunde ist kein überzeugender Test der Hypothese möglich, daß mit zunehmender Relevanz ökonomischer Probleme die Neigung wachse, eine enge Verbindung zwischen wirtschaftlicher und politischer Zufriedenheit herzustellen. Es konnte lediglich geprüft werden, ob mit der den Zielen "Preisniveaustabilität" und "Vollbeschäftigung" zugeschriebenen Bedeutsamkeit auch die Beziehung zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit stärker wird. Ein derartiger Effekt war in keiner der vier Erhebungen feststellbar. Dies hat nicht zuletzt mit der Tatsache zu tun, daß die Ziele der Preisniveaustabilisierung und der Sicherung von Arbeitsplätzen 1980 und 1982 in der bundesdeutschen Politik allenfalls graduell, nicht aber grundsätzlich umstritten sind. Wie wichtig eine prosperierende Wirtschaft für die Bundesbürger ist, zeigt sich daran, daß selbst in der wirtschaftlich einigermaßen zufriedenstellenden Situation des Jahres 1980 über 70 Prozent der Befragten die genannten Ziele als wichtig einstufen. 1982 kam diesen Issues eine noch größere Bedeutung zu (vgl. Gabriel 1987b:57f, Tabelle 2). Über die Relevanz ökonomischer Ziele besteht in der Gesellschaft der Bundesrepublik ein weitgehender Konsens (vgl. auch Hibbs 1979:460). Insofern überrascht es auch nicht, wenn die Kontrolle dieser Variablen keine neuen Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit bringt. Ein solcher Effekt wäre möglicherweise bei Konflikten über die Relevanz ökonomischer Ziele zu erwarten (auf die Vorlage von Tabellen

wird verzichtet).

5.2. Die Parteibindung als Vermittlungsfaktor zwischen der Wahrnehmung der Wirtschaftslage und der Systemakzeptanz

In mehreren Arbeiten wurde darauf hingewiesen, daß die Perzeption der Wirtschaftslage bei einem großen Teil der Bundesbürger der Parteipräferenz folgt. Anhänger der Regierungsparteien schließen sich demnach in ihrer Bewertung der ökonomischen Bedingungen der politischen Führung an und bewerten die Wirtschaftslage positiver als dies die Gefolgschaft der Oppositionsparteien tut (vgl. hierzu z.B. Rattinger 1985:187, 201f; Roth 1973:264ff). Die Parteibindung der Bevölkerung ist in unserem Zusammenhang aber noch unter zwei weiteren Gesichtspunkten relevant. Wie bereits Downs (1957:115ff) vermutete, variiert die dem Staat zugeordnete ökonomische Verantwortung mit der Parteipräferenz. Die Wähler linker Parteien favorisieren staatliche Interventionen in den Wirtschaftsprozeß, während die Anhänger rechter Parteien eher für eine Selbststeuerung der Wirtschaft eintreten (vgl. auch: Rattinger 1985:186ff). Insofern dürften Anhänger linker Parteien auch verstärkt dazu tendieren, die politische Führung oder den Staat für wirtschaftliche Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen und auf perzipierte Wirtschaftskrisen mit einem Loyalitätsentzug zu reagieren. Solche Reaktionen sind vor allem dann zu erwarten, wenn sich die präferierte Partei in der Opposition befindet.

Andererseits fungieren demokratische Parteien, auch in der Oppositionsrolle, als Bindeglieder zwischen der Bevölkerung und dem politischen System (vgl. ausführlicher hierzu: Gabriel 1988). Kaase (1979:330) schreibt in diesem Sinne der Partei-Identifikation eine Funktion als "Puffer gegen temporäre Outputschwächen" des Systems zu. Sie könne dazu beitragen, eine leistungsunabhängige Systemakzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen. Parteipolitisch ungebundenen Personen, bei denen die system-integrativen Wirkungen der Parteiloyalität definitionsgemäß entfallen, könnten infolgedessen Unzufriedenheit mit den ökonomischen Verhältnissen unter Umständen stärker in Systemkritik umsetzen als dies die Anhänger systemtragender Parteien, vor allem der Regierungsparteien, tun. Die beschriebene Konstellation ist umso wahrscheinlicher, je stärker die Frage nach der Systemorientierung die Outputdimension der Politik miterfaßt.

Die These, die Bewertung der Wirtschaftslage sei in der Bundesrepublik

stark durch die Parteipräferenz geprägt, gilt für die Jahre 1972 bis 1982 allenfalls bedingt. Die Anhänger der Regierungsparteien beurteilten die gegenwärtige und die zu erwartende wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik im allgemeinen zwar günstiger als die Anhänger der Opposition und die parteipolitisch ungebundenen Befragten. Jedoch ist der Zusammenhang zwischen der Parteipräferenz und der Einschätzung der Wirtschaftslage nicht sehr stark ausgeprägt (vgl. Tabelle 6).

Mein Interesse gilt hier vor allem der Frage, ob die Parteipräferenz die Beziehung zwischen der perzipierten Wirtschaftslage und der Systemakzeptanz modifiziert. Bei einem ersten Überblick über den Zusammenhang zwischen der Perzeption der Wirtschaftslage und der Systemakzeptanz in der Anhängerschaft der im Bundestag vertretenen Parteien bzw. in der Gruppe der parteipolitisch ungebundenen Bundesbürger zeigt sich ein relativ unübersichtliches Bild (vgl. Tabelle 6). Außer im Jahre 1972 fördert eine positive Bewertung der gegenwärtigen Wirtschaftslage bei den parteipolitisch nicht gebundenen Befragten die Zufriedenheit mit dem politischen System, eine als negativ perzipierte wirtschaftliche Situation schwächt die positiven Einstellungen zur Demokratie in der Bundesrepublik ab. 1972 besteht in der genannten Teilgruppe zwar eine positive Beziehung zwischen diesen beiden Variablen, sie ist aber wegen des niedrigen Wertes des Assoziationsmaßes nicht eindeutig interpretierbar. Die wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven der parteipolitisch neutralen Befragten beeinflussen ebenfalls die Systemzufriedenheit. Im Durchschnitt aller vier Erhebungen ist die Bewertung der derzeitigen eigenen Wirtschaftslage in dieser Gruppe die wichtigste ökonomische Determinante der Systemzufriedenheit.

Tabelle 6: Systemzufriedenheit und Bewertung der Wirtschaftslage in der Anhängerschaft der politischen Parteien, 1972-1982 (Angaben: Eta Koeffizienten).

	SPD	CDU/CSU	FDP	Grüne	keine	alle
GGWL						
1972	.21	.17	ns	ne	.18	.21
1976	.18	.11	.17	ne	.36	.26
1980	.28	.20	.38	ne	.30	.32
1982	.12	.21	ns	ns	.25	.15
GPWL						
1972	.13	ns	ns	ne	.13	.11
1976	.22	.17	.23	ne	.37	.27
1980	.25	ns	ns	ne	.34	.29
1982	.17	.16	.53	ns	.33	.24
ZGWL						
1972	.07	.15	ns	ne	.21	.11
1976	ns	ns	ns	ne	ns	.13
1980	.20	.14	ns	ne	.23	.25
1982	ns	.14	ns	ns	.21	.18
ZPWL						
1976	ns	ns	ns	ne	.18	.13
1980	ns	.20	.32	ne	.23	.21
1982	ns	.12	ns	ns	.23	.14

Quellen: wie Tabelle 2a

Bedeutung der Abkürzungen wie in Tabelle 3; ns: F-Wert nicht signifikant auf dem 95%-Niveau; ne: nicht erfragt.

Die bei den Anhängern der beiden großen Parteien erhobenen Daten lassen sich nicht ohne weiteres interpretieren. Die Vermutung, die Anhänger der SPD tendierten aufgrund einer stärker interventionistisch geprägten Wirtschaftsideologie in besonderem Maße dazu, Unzufriedenheit mit der Wirtschaftslage dem politischen System anzulasten, ist durch die Daten nicht generell belegbar. Die Erwartungen bezüglich der künftigen Wirtschaftsentwicklung beeinflussen die Demokratiezufriedenheit der Anhängerschaft der Unionsparteien und der SPD nur schwach. Die Beziehungen zwischen diesen beiden Variablen sind durchweg statistisch insignifikant oder nicht interpretierbar. Der Zusammenhang zwischen der

Wahrnehmung und Bewertung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der Demokratiezufriedenheit fällt zwar im Lager der SPD etwas stärker aus als bei den Unionsparteien, doch treten in den vier Erhebungen keine klaren Strukturmuster auf. Man kann allenfalls sagen, daß die Sympathisanten der SPD eher als die der CDU/CSU dazu tendieren, Unzufriedenheit mit der persönlichen Wirtschaftslage in Systemkritik umzusetzen. Dagegen fällt in den beiden parteipolitischen Lagern die Beziehung zwischen der perzipierten gesamtwirtschaftlichen Lage ähnlich schwach aus. Grundsätzlich stützen die ermittelten Ergebnisse die These vom Verstärkereffekt der Parteiideologien. In der Programmatik der Unionsparteien werden staatliche Interventionen in den Wirtschaftsprozess wesentlich kritischer bewertet als in den von der SPD vertretenen politischen Ordnungsvorstellungen. Insofern ist es folgerichtig, wenn die Anhänger dieser beiden Parteien in unterschiedlichem Maße dazu tendieren, auf eine Verschlechterung der privaten Lebensbedingungen mit Systemkritik zu reagieren. Angesichts der niedrigen Werte der Beziehungsmaße sollte man dieses Ergebnis aber nicht überstrapazieren. Es ist somit nicht gänzlich auszuschließen, daß in der Gefolgschaft der beiden großen bundesdeutschen Parteien eine als negativ perzipierte Wirtschaftslage das Auftreten systemkritischer Einstellungen begünstigt. Die strukturellen Voraussetzungen, unter denen ein solcher Effekt auftreten könnte, lassen sich auf der Basis der vorliegenden Informationen nicht eindeutig angeben. Wichtiger erscheint mir allerdings die Tatsache, daß die Bindung an eine der beiden großen Parteien die Tendenz zur Umsetzung wirtschaftlicher Unzufriedenheit in Antisystemeffekte abschwächt. Vor allem in der Krisensituation des Jahres 1982 scheinen sich die systemintegrativen Effekte der Parteibindung gezeigt zu haben. Auf die Einstellungen der Anhänger der FDP und der Grünen gehe ich wegen der kleinen Fallbesetzungen in diesen Gruppen nicht näher ein.

Auf der Grundlage der in diesem Abschnitt vorgetragenen Ergebnisse können die Annahmen über die angebliche Outputabhängigkeit der Systemakzeptanz in der Bundesrepublik spezifiziert werden. Ein derartiger Effekt tritt vornehmlich bei den parteipolitisch ungebundenen Bundesbürgern auf: Empfinden sie ihre eigene wirtschaftliche Lage bzw. die der Bundesrepublik als gut oder als durchwachsen, dann unterscheiden sie sich hinsichtlich der Systemakzeptanz kaum von den Anhängern der beiden großen Parteien. Systemkritische Einstellungen stellen sich bei ihnen vermehrt ein, wenn sich die Perzeption der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechtert. Parteianhänger tendieren in diesem Falle seltener dazu, wirtschaftliche Unzufriedenheit in Systemkritik umzusetzen. Dies spricht sicherlich für die systemintegrativen Leistungen

der beiden großen politischen Parteien. Dennoch kann man ihnen nur bedingt bescheinigen, dem politischen System der Bundesrepublik "Regen- und Sonnenschein-Unterstützung" zu beschaffen. Auch ihre Anhängerschaft kann auf eine sich verschlechternde wirtschaftliche Lage mit einem Akzeptanzentzug reagieren. Die Bedingungen, unter denen eine derartige Reaktion auftritt, lassen sich allerdings nicht genau beschreiben.

Die Einstellungen zur persönlichen wirtschaftlichen Lage und zu der der Bundesrepublik behalten auch bei Kontrolle weiterer, für eine Analyse der Demokratiezufriedenheit bedeutsamer Größen einen eigenständigen Einfluß auf die Beziehungen der Bevölkerung zum politischen System der Bundesrepublik (vgl. Tabelle 7). Im Rahmen einer multiplen Klassifikationsanalyse für die Jahre 1980 und 1982, in die neben den beiden Einstellungen zur gegenwärtigen Wirtschaftslage die Richtung und die Intensität der Parteipräferenz, die Selbsteinstufung auf dem Rechts-Links-Kontinuum, das Materialismus-Postmaterialismus-Syndrom sowie der Status der Befragten im Beschäftigungssystem (Arbeitslose/Kurzarbeiter versus übrige) einbezogen wurden, war 1980 die Perzeption der gesamtwirtschaftlichen Lage der nach der Richtung der Parteipräferenz wichtigste Faktor. 1982 differierte die Systembewertung in der Anhängerschaft der politischen Parteien noch stärker als zwei Jahre zuvor. Von den übrigen Variablen kam der Perzeption der individuellen Wirtschaftslage die größte Bedeutung zu. Insgesamt konnten mit Hilfe der erwähnten sieben Variablen 1980 19, 1982 16 Prozent Varianz gebunden werden. Davon entfällt der größte Teil auf die Parteipräferenz.

Tabelle 7: Wirtschaftslage und Systemakzeptanz im Kontext weiterer Variablen, 1980 und 1982 (Multiple Klassifikationsanalyse).

	1980		1982	
Grand Mean	1.96		2.09	
Abweichung bei Kontrolle der	HE	KOV	HE	KOV
GGWL				
gut	-.10	-.10	-.10	-.10
teils/teils	.07	.07	-.04	-.03
schlecht	.22	.20	.06	.06
Eta/Beta	.19	.18	.10	.08
GPWL				
gut	-.03	-.03	-.10	-.10
teils/teils	.03	.03	.03	.03
schlecht	.27	.24	.24	.22
Eta/Beta	.12	.11	.17	.16
Parteipräferenz				
SPD	-.10	-.09	.03	.02
CDU/CSU	.07	.06	-.12	-.10
FDP	-.09	-.07	-.19	-.19
SON/GRUE	.66	.64	.76	.74
KEINE	.08	.09	.04	.04
Eta/Beta	.24	.22	.25	.23
Wertorientierungen				
materialistisch	-.03	-.03	-.04	-.04
gemischt	-.03	-.03	.01	.01
postmaterialistisch	.24	.23	.13	.12
Eta/Beta	.15	.15	.08	.07
Regressionsgewichte der Kovariaten				
ZGWL		.08		.06
ZPWL		ns		ns
Arbeitslosigkeit		ns		ns
Rechts-Links-Einstufung		ns		ns
Intensität der Parteipräf.		.09		.06
RSQ	.176	.188	.145	.163

Quellen wie in Tabelle 2a, Symbole wie in Tabelle 3. HE Haupteffekte; KOV Kovariaten.

6. Systemakzeptanz und Wirtschaftslage in der Bundesrepublik in international vergleichender Sicht

Die Aussagen über die Outputabhängigkeit der Systemakzeptanz in der Bundesrepublik Deutschland enthalten zumeist implizit oder explizit die Behauptung, für die Bereitschaft der Bundesbürger, dem politischen System Unterstützung zu gewähren oder ihm diese zu entziehen, seien ökonomische Faktoren bedeutsamer als es in anderen Staaten der Fall ist. Wenn man dieser Prämisse zustimmt, dann wird auch die Vermutung plausibel, das politische Regime der Bundesrepublik sei in besonderer Weise krisengefährdet, und sein Bestand hänge demzufolge von einer funktionierenden Wirtschaft ab. In diesem Sinne stellte Kevenhörster (1978:85) unter Rückgriff auf Daten aus der Civic Culture Studie (Almond/Verba 1965) noch im Jahre 1978 die folgende These auf: "Während die Legimitätszuweisung in der politischen Kultur der Bundesrepublik eine Funktion der Einschätzung der Leistungskompetenz des politisch-administrativen Systems ist, beruht die Legimitätszuweisung in den angelsächsischen Demokratien eher auf einer stärkeren Internalisierung der Normen politischer Beteiligung. Legimität und Funktionsfähigkeit des politischen Systems erweisen sich (in der Bundesrepublik, OWG) als komplementäre Größen: Die Zustimmung zu den Institutionen des politischen Systems hängt von seiner Funktionsfähigkeit ab". Für deren Bewertung wiederum dürften nicht zuletzt die wirtschafts- und sozialpolitischen Leistungen maßgeblich sein (vgl. Kevenhörster 1978:91; Lipset 1981:64ff).

Beim gegenwärtigen Forschungsstand sollte man Aussagen, die die Vergangenheit möglicherweise korrekt wiedergeben, nicht ungeprüft in die Gegenwart und in die Zukunft fortschreiben. Dies ist aus zwei Gründen problematisch: Zunächst sind die Annahmen über die Beziehung zwischen wirtschaftlichen und politischen Variablen in Deutschland und anderen Demokratien nicht aus einer empirisch bewährten allgemeinen Theorie abgeleitet. Sie basieren vielmehr auf mehr oder minder einleuchtenden Beschreibungen der Gegebenheiten in den letzten 100 Jahren. Zudem haben sich insbesondere seit dem Ende des zweiten Weltkrieges die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen in der westlichen Welt derart nachhaltig verändert, daß eine ungeprüfte Extrapolation zurückliegender Entwicklungen in die Zukunft sich eigentlich von selbst verbietet. Es ist somit völlig offen, ob sich die Beziehung zwischen Wirtschaftslage und Systemakzeptanz in der Bundesrepublik heute grundlegend von den Verhältnissen in anderen westlichen Staaten unterscheidet.

Tabelle 8: Perzeption der Wirtschaftslage und Systemakzeptanz in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, Herbst 1982 (Angaben: Anteil mit dem System Zufriedener).

a) Gesamtwirtschaftliche Lage

	besser	gleich	schlechter	V	C	Eta	r
F	67	61	40	.25	.26	.35	.32
GB	70	67	45	.17	.22	.27	.26
D	73	82	68	.15	.12	.20	.18
I	28	28	17	.17	.17	.21	.17
NL	60	43	51	.11	.07	.13	.08
DK	83	64	58	.10	.10	.15	.13
B	60	60	46	.15	.16	.22	.20
L	71	62	60	.12ns	.11	.17ns	.13
EIR	73	62	49	.11	.13	.18	.18
GR	74	63	37	.29	.32	.41	.40

b) Persönliche Wirtschaftslage

	besser	gleich	schlechter	V	C	Eta	r
F	65	63	37	.23	.26	.37	.33
GB	64	63	45	.14	.17	.22	.20
D	73	79	55	.20	.13	.31	.22
I	27	18	17	.12	.09	.13	.12
NL	48	55	47	.11	.07	.15	.07
DK	67	62	56	.11	.06	.12	.08
B	60	58	45	.14	.14	.22	.18
L	66	61	59	.09ns	.00ns	.11ns	.01ns
EIR	67	58	47	.14	.13	.22	.15
GR	72	63	43	.23	.23	.31	.29

Quelle: Eurobarometer 18, ZA-Nr. 1209, eigene Auswertungen.

Anmerkung: Die Systemzufriedenheit wurde durch die folgende Frage gemessen: "Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in ... funktioniert, alles in allem gesehen, sehr zufrieden - ziemlich zufrieden - ziemlich unzufrieden oder völlig unzufrieden?"

Die Fragen zur Bewertung der Wirtschaftslage lauteten folgendermaßen: "Ist die wirtschaftliche Lage - im ganzen gesehen - in der Bundesrepublik Deutschland/Frankreich usw. ...?" / "Was würden Sie von sich sagen: geht es Ihnen heute finanziell besser - schlechter oder ungefähr genauso wie vor 12 Monaten?"

Antwortvorgaben: wesentlich besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter,

wesentlich schlechter.

In der Tabelle sind die beiden ersten und die beiden letzten Antwortvorgaben zu einer Kategorie zusammengefaßt. Die Angaben zur Systemzufriedenheit beziehen sich auf die Alternativen sehr zufrieden/ziemlich zufrieden.

Für das Jahr 1982, mit dem die auf die Bundesrepublik bezogene Analyse endet, liegen im Rahmen des Eurobarometers 18 international vergleichende Daten zur Demokratiezufriedenheit, zur Perzeption der eigenen wirtschaftlichen Situation und zur Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Lage vor. Obgleich die Erhebungsfragen nicht völlig identisch mit denen der deutschen Wahlstudien sind, lassen sie sich im Prinzip mit ihnen vergleichen (vgl. genauere Angaben in Tabelle 8).

Im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nahm die Bundesrepublik im Herbst 1982, wie in den meisten übrigen Erhebungen, die führende Position unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft ein (vgl. Gabriel 1987a:36ff): 67 Prozent der befragten Bundesbürger gaben an, mit dem politischen System der Bundesrepublik sehr zufrieden oder eher zufrieden zu sein. Mit einem Abstand von etwa zehn Prozentpunkten folgten Luxemburg (59%), Großbritannien und Griechenland (58%) sowie Dänemark (57%). Die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung während des vergangenen Jahres war in Griechenland (Mittelwert auf einer Fünfpunkteskala: 2.69), in Großbritannien (3.52) und in Frankreich (3.62) positiver als in der Bundesrepublik (3.79). Hinsichtlich der Einschätzung des Wandels der individuellen wirtschaftlichen Situation lag nur Griechenland (2.75) vor der Bundesrepublik (3.17). Es kann hier nicht der Frage nachgegangen werden, in welchem Maße die subjektive Perzeption der objektiven Entwicklung entspricht. Auffällig ist allerdings, daß bei allen drei Zufriedenheitsindikatoren eine unterschiedliche Rangordnung der Länder auftritt, wobei die Bundesrepublik immer in der oberen Hälfte rangiert.

Untersucht man den Zusammenhang zwischen der Perzeption der Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit, dann erweist sich die These von einer besonderen Outputabhängigkeit der Systemakzeptanz in der Bundesrepublik als falsch, zumindest aber als undifferenziert (vgl. Tabelle 8). In keinem der zehn Länder stehen die wirtschaftlichen und die politischen Einstellungen in einem besonders engen Zusammenhang. Die Bundesrepublik bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Was die Stärke der Beziehung zwischen der perzipierten gesamtwirtschaftlichen

Entwicklung und der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie angeht, befindet sie sich im Mittelfeld der EG-Mitgliedsstaaten, und zwar hinter Großbritannien. Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage hängt mit der Systemzufriedenheit etwas enger zusammen, doch kann man die Bundesrepublik auch in dieser Hinsicht nicht als atypischen Fall bezeichnen, zumal die einschlägigen Beziehungsmaße lediglich einen Höchstwert von .31 (Eta-Koeffizient) erreichen. Analysen für das Jahr 1983 bestätigen die in Tabelle 8 enthaltenen Ergebnisse. Selbst wenn zu einem früheren Zeitpunkt die Beziehung der Deutschen zum politischen System einmal überdurchschnittlich stark durch die Wahrnehmung und Bewertung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst war, läßt sich heute ein derartiger Zusammenhang nicht mehr nachweisen. Diese Feststellung scheint mir nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik zum Zeitpunkt der international vergleichenden Erhebung besonders ungünstig war. Die Bundesbürger setzen ökonomische Unzufriedenheit nicht stärker in Systemkritik um als ihre europäischen Nachbarn. Akute, ökonomisch bedingte Destabilisierungsprozesse der bundesdeutschen Demokratie sind aus den verfügbaren Daten nicht abzulesen. Diese Ergebnisse bestätigen die von Hibbs (1979:455) im Rahmen einer makropolitischen Analyse der ökonomischen Determinanten politischer Unterstützung getroffene Feststellung, die politischen Einstellungen der Bundesbürger seien unabhängiger von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als die der Briten und der Amerikaner.

7. Ergebnisse und Schlußfolgerungen

Eine im internationalen Vergleich hochentwickelte, relativ stabile, durch situative Faktoren und Gruppenloyalitäten allenfalls mäßig beeinflusste Systemzufriedenheit gehört zu den hervorstechenden Merkmalen der Einstellungen der Bundesbürger zur Politik. Auch die ökonomischen Krisen der siebziger und achtziger Jahre führten in dieser Hinsicht allenfalls zu graduellen, aber nicht zu prinzipiellen Veränderungen. Selbst in der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Jahres 1982 war die Mehrheit der Bundesbürger mit dem politischen System zufrieden. Nicht einmal diejenigen Befragten, die ihre eigene wirtschaftliche Situation oder die der Bundesrepublik negativ bewerteten, äußerten sich mehrheitlich ablehnend zum politischen System.

Bereits aus dieser allgemeinen Zusammenfassung ergibt sich, daß die eingangs formulierten Hypothesen über den Einfluß der perzipierten

Wirtschaftslage auf die Systemakzeptanz nur zum Teil bestätigt wurden:

- 1) Die Bewertung der Wirtschaftslage beeinflusst die Zufriedenheit der Bundesbürger mit dem politischen System. Jedoch besteht zwischen diesen beiden Variablen nur ein schwacher Zusammenhang, der zudem situationsspezifischen Einflüssen unterliegt. Für die Systemzufriedenheit der Bundesbürger ist die perzipierte aktuelle Wirtschaftslage wichtiger als die Einschätzung der künftigen Entwicklung. Über die Bedeutsamkeit der individuellen und der gesamtwirtschaftlichen Lage für die Systemakzeptanz läßt sich keine klare Aussage machen.
- 2) Die Annahme, die Zufriedenheit mit den Leistungen der Regierung werde stärker durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt als die Systemzufriedenheit trifft im allgemeinen nicht zu.
- 3) Anders als erwartet, übt die ökonomischen Problemen zugeschriebene Wichtigkeit keinen systematischen Einfluß auf die Stärke des Zusammenhanges zwischen der wahrgenommenen Wirtschaftslage und der Systemakzeptanz aus.
- 4) Die Hypothese, daß die Intensität der Beziehung zwischen wirtschaftlichen und politischen Einstellungen mit der beruflichen Stellung einer Person variiert, konnte ebenfalls nicht bestätigt werden.
- 5) Erwartungsgemäß stellt die Parteibindung eine wichtige intervenierende Variable zwischen der Bewertung der Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit dar. Die Trennlinie verläuft aber in erster Linie zwischen den Anhängern der beiden großen Parteien auf der einen und den Parteilosen auf der anderen Seite. Es sind demzufolge weniger Parteiideologien, die den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und politischen Einstellungen modifizieren als das Vorhandensein einer Bindung an eine der systemtragenden Parteien. Die Parteien scheinen in der Tat als Puffer gegen vorübergehende Leistungsschwächen des Systems zu fungieren.
- 6) In der Bundesrepublik ist der Zusammenhang zwischen der Systemakzeptanz und der perzipierten Wirtschaftslage nicht wesentlich stärker als in anderen westeuropäischen Staaten.

Die neuere ökonomisch-politische Entwicklung rechtfertigt die Beschreibung der Bundesrepublik als Schönwetterdemokratie nicht. Das Einverständnis der Bundesbürger mit dem politischen System scheint sich

im Laufe der Nachkriegszeit weitgehend von ökonomischen Faktoren gelöst zu haben, ohne natürlich gänzlich unabhängig von ihnen geworden zu sein. Diese Aussage läßt sich auch dann aufrechterhalten, wenn man die Qualität einzelner Instrumente zur Messung der Systemzufriedenheit bezweifelt; denn im Hinblick auf die Beziehung zwischen wirtschaftlichen und politischen Einstellungen ergibt sich auch beim Einsatz unterschiedlicher Erhebungsinstrumente ein relativ einheitliches Bild.

Da nach den Erfahrungen der vergangenen zwanzig Jahre nicht mit einer ökonomisch krisenfreien Zukunft zu rechnen ist und da die wirtschaftliche Entwicklung in den meisten westlichen Demokratien die Einstellungen der Bevölkerung zum politischen System nicht gänzlich unberührt läßt, bleibt die Analyse politisch-ökonomischer Beziehungen, insbesondere in international vergleichender Perspektive, weiterhin ein fruchtbares Thema. Besondere Aufmerksamkeit sollte die weitere Forschung der Frage widmen, unter welchen Voraussetzungen ein Umschlagen wirtschaftlicher Unzufriedenheit in Systemkritik wahrscheinlich wird.

Literatur

- Almond, G.A./Verba, S., 1965: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Boston: Little Brown and Company.
- Baker, K.L./Dalton, R.J./Hildebrandt, K., 1981: *Germany Transformed. Political Culture and the New Politics*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Barnes, S.H./Kaase, M., 1979: *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills/London: Sage.
- Berger, M./Gibowski, W.G./Roth, D./Schulte, W., 1986: Legitimierung des Regierungswechsels. Eine Analyse der Bundestagswahl 1983. S. 251-288 in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hrsg.), *Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Braun, G., 1976: Politische Ökonomie für den Sozialkundeunterricht. Hamburg: Hoffmann & Campe.
- Cameron, D.R., 1978: The Expansion of the Public Economy: A Comparative Analysis. *American Political Science Review* 72: 1243-1261.
- Conradt, D.P., 1974: West-Germany: A Remade Political Culture? Some Evidence from Survey Archives. *Comparative Political Studies* 7: 222-238.
- Conradt, D.P., 1980: Changing German Political Culture. S. 212-272, in: G.A. Almond, S. Verba (Hrsg.), *The Civic Culture Revisited. An Analytic Study*. Boston: Little, Brown and Company.
- Crozier, M./Huntington, J.P./Watanuki, J., 1975: *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York: New York University Press.
- Czada, R., 1983: Staatssektor. S. 403-409 in: M.G. Schmidt (Hrsg.), *Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft, Gesellschaft, Politik*. München: Piper.
- Dahrendorf, R., 1971: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München: dtv.
- Downs, A., 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.
- Easton, D., 1965: *A Systems Analysis of Political Life*. New York : Wiley and Sons.
- Easton, D., 1975: A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science* 5: 435-457.
- Ellwein, T., 1966: *Einführung in die Regierungs- und Verwaltungslehre*. Stuttgart u.a.: Kohlhammer.

- Falter, J.W., 1984: Politische Konsequenzen von Massenarbeitslosigkeit. Neue Daten zu kontroversen Thesen über die Radikalisierung der Wählerschaft am Ende der Weimarer Republik. Politische Vierteljahresschrift 25: 275-294.
- Falter, J.W., 1985: Zur Stellung ökonomischer Sachfragen in Erklärungsmodellen individuellen politischen Verhaltens. S. 131-155 in: D. Oberdörfer/H. Rattinger/K. Schmitt (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot.
- Farah, B.G./ Barnes, S.H./ Heunks, F., 1979: Political Dissatisfaction. S. 409-447 in: S.H. Barnes/M. Kaase u.a., Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills, London: Sage.
- Frey, B.S., 1977: Moderne Politische Ökonomie. Die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik. München, Zürich: Piper.
- Frohlich, N./Oppenheimer, J.A., 1978: Modern Political Economy. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice Hall.
- Fuchs, D., 1981: Dimensionen politischer Unterstützung, S. 208-225 in: H.D. Klingemann/m. Kaase (Hrsg.), Politische Psychologie. Opladen: Westdeutscher Verlag; Sonderheft 12 der Politischen Vierteljahresschrift.
- Fuchs, D., 1987: Trends politischer Unterstützung in der Bundesrepublik. S. 357-377 in: D. Berg-Schlosser/J. Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag; Sonderheft 18 der Politischen Vierteljahresschrift.
- Gabriel, O.W., 1986: Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Gabriel, O.W., 1987a: Demokratiezufriedenheit und demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B22/87, 30. Mai 1987: 32-45.
- Gabriel, O.W., 1987b: Parteien auf dem Prüfstand: Leistungsfähig, aber unbeliebt? S. 52-60 in: P.Haungs/E. Jesse (Hrsg.), Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Gabriel, O.W., 1988: Regierungswechsel und politische Unterstützung. Eine empirische Analyse der Implikationen des Parteienwettbewerbs für die Struktur politischer Unterstützung in der Demokratie am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980-1982; erscheint in der Politischen Vierteljahresschrift.
- Gunlicks, A.B., 1986: Local Government in the German Federal System. Durham: Duke University Press.
- Hermens, F.A., 1964: Wirtschaftliche und staatliche Stabilität. Frankfurt a.M., Bonn: Athenäum.
- Hibbs, D., 1979: On the Demands for Economic Outcomes: Macroeconomic Performance and Mass Political Support in the United States, Great Britain and Germany. Journal of Politics 44: 426-462.
- Jung, H., 1982: Wirtschaftliche Einstellungen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik. Paderborn: Schöningh.
- Jung, H., 1985: Ökonomische Variablen und ihre politischen Folgen. Ein kritischer Literaturbericht. S. 61-96 in: D. Oberndörfer/H. Rattinger/K. Schmitt (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot.
- Kaack, H., 1971: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Kaase, M., 1979: Legitimitätskrise in westlichen demokratischen Industriegesellschaften: Mythos oder Realität? S. 328-350 in: H. Klages/P. Kmiecik (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt, New York: Campus.
- Kaase, M., 1985: Systemakzeptanz in den westlichen Demokratien. S. 99-125 in: U. Matz (Hrsg.), Aktuelle Herausforderung der repräsentativen Demokratie. Köln: Heymanns; Sonderheft der Zeitschrift für Politik.
- Kaase, M. (Hrsg.), 1977: Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Opladen: Westdeutscher Verlag, Heft 2-3/1977 der Politischen Vierteljahresschrift.
- Kaase, M./ Klingemann, H.-D., (Hrsg.), 1983: Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaase, M./Maag, G./Roller, E./Westle, B.,o.J.: Zur Rolle des Staates in hochentwickelten westlichen Demokratien; Sonderforschungsbereich 3 (Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik); Frankfurt, Mannheim (J.W. Goethe-Universität und Universität Mannheim), Arbeitspapier Nr. 210.
- Kaltefleiter, W., 1968: Wirtschaft und Politik in Deutschland. Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaltefleiter, W., 1974: Beziehungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität. S. 43-57 in: H.K. Schneider/W. Wittmann/H. Würgler (Hrsg.), Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft. Verhandlungen auf der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften - Verein für Socialpolitik - in Zürich vom 2.-5. September 1974. Berlin: Duncker & Humblot.
- Kaltefleiter, W./ Nissen, P., 1980: Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Technik. Paderborn: Schöningh.

- Kevenhörster, P., 1978: Legitimitätsdoktrinen und Legitimierungsverfahren in westlichen Demokratien. S. 59-103 in: U. Matz/ P. Graf Kielmansegg (Hrsg.), Die Rechtfertigung politischer Herrschaft. Freiburg, München: Alber.
- Klingemann, H.-D./ Kaase, M., 1986: Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kmiecziak, P., 1976: Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik. Grundlagen einer interdisziplinären empirischen Wertforschung mit einer Sekundäranalyse von Umfragedaten. Göttingen: Schwartz.
- Kohl, J., 1981: Trends and Problems in Postwar Public Expenditure Development in Western Europe and North America. S. 307-344 in: P. Flora/A. Heidenheimer (Hrsg.), The Development of Welfare States in Europe and America. New Brunswick, London: Transaction Books.
- Kohl, J., 1983: Staatsausgaben. S. 395-403 in: M.G. Schmidt (Hrsg.), Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft, Gesellschaft, Politik. München: Piper.
- Lipset, S.M., 1959/1981: Political Man. The Social Bases of Politics, Expanded Edition. Baltimore: The John Hopkins University Press.
- Marsh, A., 1975: The 'Silent Revolution'. Value Priorities and the Quality of Life in Britain. American Political Science Review 69: 21-30.
- Oberndörfer, D./ Rattinger, H./ Schmitt K. (Hrsg.), 1985: Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot.
- Peacock, A.T./ Wiseman, J., 1969: Der "Displacement-Effect" und der Konzentrationsprozeß. S. 264-267 in: H.C. Recktenwald (Hrsg.), Finanztheorie. Köln, Berlin: Kiepenheuer und Witsch.

- Pross, H., 1982: Was ist heute deutsch? Wertorientierungen in der Bundesrepublik. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Rattinger, H., 1984: Einstellungen zur persönlichen und zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik. Politische Vierteljahresschrift 25: 378-402.
- Rattinger, H., 1985: Allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage als Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens bei der Bundestagswahl 1983. S. 183-218 in: D. Oberndörfer/H. Rattinger/K. Schmitt (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot.
- Rattinger, H./ Puschner, W., 1981: Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik. Wirtschaftslage und Wahlverhalten 1953-1980. Politische Vierteljahresschrift 22: 264-286.
- Roller, E./ Westle, B., o.J.: Zur Politisierung und Depolitisierung von Wohlfahrtsansprüchen: Sonderforschungsbereich 3 (Mikronalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik). Frankfurt, Mannheim (J.W. Goethe-Universität und Universität Mannheim), Arbeitspapier Nr. 211.
- Roth, D., 1973: Ökonomische Variablen und Wahlverhalten. Politische Vierteljahresschrift 14: 257-274.
- Roth, D., 1977: Ökonomische Situation und Wahlverhalten. Das Beispiel Arbeitslosigkeit. S. 537-550 in: M. Kaase (Hrsg.), Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Opladen: Westdeutscher Verlag, Heft 2-3/1977 der Politischen Vierteljahresschrift.
- Schimek, M.G., 1986: Empirische Legitimationsmodelle für die Periode 1970-1981 der sozialliberalen Regierung in der Bundesrepublik Deutschland. S. 455-506 in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Schmidt, M.G., 1978: Die 'Politik der Inneren Reformen' in der Bundesrepublik 1969-1976. PVS 19: 201-253.
- Schmidt, M.G. (Hrsg.), 1983: Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft, Gesellschaft, Politik. München: Piper.
- Schmidt, M.G., 1983a: Arbeitslosigkeit. S. 21-28 in: M.G. Schmidt, Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft, Gesellschaft, Politik. München: Piper.
- Schmidt, M.G., 1983b: Inflation. S. 154-159 in: M.G. Schmidt (Hrsg.), Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft, Gesellschaft, Politik. München: Piper.
- Schmidt, M.G., 1983c: Wirtschaftliche Entwicklung nach 1945. S. 521-530 in: M.G. Schmidt (Hrsg.), Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft, Gesellschaft, Politik. München: Piper.
- Schüttemeyer, S.S., 1986: Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie. Eine Sekundäranalyse zur Parlamentarismusperzeption in der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Simmert, D.B./ Wagner, K.D. (Hrsg.), 1981: Staatsverschuldung kontrovers. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Sniderman, P.M., 1981: A Question of Loyalty. Berkeley: University of California Press.
- Sontheimer, K., 1985: Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Überarbeitete Neuausgabe, 10. Aufl. München: Piper.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1985: Datenreport 1985. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Verlag Bonn Aktuell.

Tufte, E.R., 1978: *Political Control of the Economy*. Princeton: Princeton University Press.

Zintl, R., 1985: Zur politischen Wirkungsweise von makroökonomischen Variablen. Ein Problemaufriß. S. 45-59 in: D. Oberndörfer/H. Rattinger/K. Schmitt (Hrsg.), *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot.